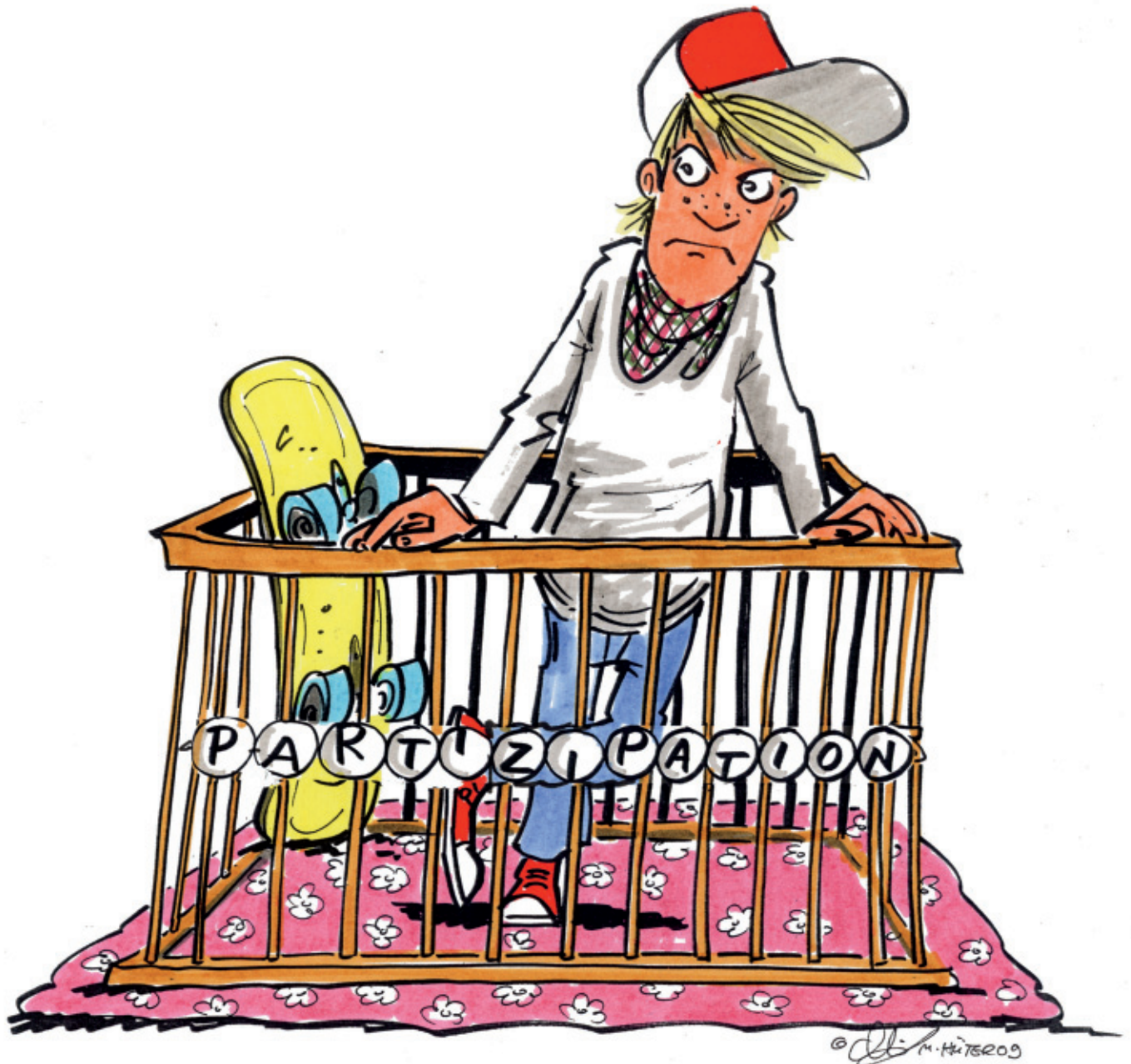


informationen

ANALYSEN | MATERIALIEN | ARBEITSHILFEN ZUM JUGENDSCHUTZ



Partizipation
Mehr als eine
Spielwiese?!

Axel Pohl

Kommunale Partizipationsansätze
zwischen tatsächlicher Beteiligung
und bürgerschaftlicher Kosmetik

Liane Pluto

Partizipation in den
Hilfen zur Erziehung

Axel Pohl

Warum fragen Sie nicht jemanden, der etwas davon versteht?

Kommunale Partizipationsansätze zwischen
tatsächlicher Beteiligung und bürgerschaftlicher Kosmetik

Liane Pluto

Partizipation in den Hilfen zur Erziehung

Produktive Irritationen

Aus der Praxis für die Praxis

Delia Godeharst, Heike Hör

Mut zu tun, wovon wir reden: Aktivierung von Familien und
Netzwerken in der Jugendhilfe durch einen Familienrat

Karina Vogel-Pahls

Verantwortung lernen an der GHWRS Altingen

David Adalati

Bausteine der Demokratie nördlich des Polarkreises

Medien und Materialien

Termine

Aus der Arbeit der ajs

Impressum:

Herausgeber:

Präsidium der Aktion Jugendschutz
Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg
Marion von Wartenberg
Brigitte von Dungen
Christoph Renz
Angela Blonski
Bernd Hausmann

Redaktion:

Elisabeth Gropper (verantw.)
Elke Sauerteig
Ursula Arbeiter

Unter Mitarbeit der Fachreferent/innen:

Bernhild Manske-Herlyn, Barbara Tilke,
Lothar Wegner

Die mit Namen versehenen Beiträge geben
die Meinung des Autors/der Autorin wieder.

Alle Rechte sind vorbehalten,
Vervielfältigungen sind nur mit Genehmigung
der Aktion Jugendschutz gestattet.

Konto: Bank für Sozialwirtschaft
(BLZ 601 205 00) Konto-Nr. 8 701 800

Bezugspreis: Einzelheft € 3,00, Abonnement
€ 7,50 jährlich inkl. MwSt. und Versand

Auflage: 8.500

Erscheinungsweise: 3 x jährlich

ISSN 0720-3551

Titelbild: Illustration von Michael Hüter

Layout: Kreativ plus – Gesellschaft für
Werbung und Kommunikation mbH
Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart
www.kreativplus.com

Druck: Offizin Chr. Scheufele GmbH & Co. KG
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

Aktion Jugendschutz
Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg
Jahnstraße 12, 70597 Stuttgart-Degerloch
Tel. (07 11) 2 37 37-0
Fax (07 11) 2 37 37-30
info@ajs-bw.de, www.ajs-bw.de



Liebe Leserinnen und Leser,

*wer will eigentlich Partizipation?
Sie kostet Zeit, Geld, Nerven.
Und es verändert sich dadurch
nichts. Sagen Kinder, Jugend-
liche und Erwachsene ebenso.
Oder?*

Partizipation ist ein Thema, das aus unserer Sicht mehr Beachtung verdient. Die rechtlichen Grundlagen bilden das KJHG (insbes. §8) und die UN-Kinderrechte-Konvention (insbes. §12), die Deutschland zumindest eingeschränkt ratifiziert hat. Die Vorgabe lautet: Kinder und Jugendliche sind „junge Mitglieder“ einer demokratischen Gesellschaft, ihre Beteiligung an Entscheidungen, die sie betreffen, ist unverzichtbar. In den letzten Jahren wird Partizipation in der Fachöffentlichkeit – wieder – verstärkt diskutiert. Hat sich dadurch die Praxis verändert?

Projekte dazu gab es immer wieder, etwa auf Landesebene von 1997 bis 1999 das von AGJF und Landesjugendring. Wenn Projekte nötig sind, um dieses Thema (besser) zu platzieren, ist dies ein Hinweis darauf, dass die flächendeckende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht selbstverständlich ist. Und daran ist die grundsätzliche Frage anzuknüpfen, was denn eigentlich wer unter Partizipation versteht! Wer partizipiert woran und wobei? Geht es darum, Beteiligung „für später“ zu erlernen, oder darum, dass Beteiligung (von Beginn an) grundlegendes Prinzip von Jugendhilfe, Schule und Jugendpolitik ist? Wo ermöglicht Partizipation gesellschaftliche Teilhabe? Wo ist sie ein Feigenblatt dafür, dass die meisten Kinder und Jugendlichen von Entscheidungen, die für sie wichtig sind, ausgeschlossen werden? Und wo ist Partizipation – zumal in Zeiten einer vorgeblichen Krise des Sozialstaats und nun auch offener wirtschaftlicher Krise – womöglich eine Strategie, mehr Selbstverantwortung zu fordern, um gleichzeitig solidarische Unterstützungsarrangements zu reduzieren?

Gerade in einer Zeit, in der immer mehr Jugendliche von der Teilhabe an dieser Gesellschaft ausgeschlossen werden: Förder- und Hauptschüler/innen ohne echte Zukunftsperspektive, Migrant/innen als proportional besonders große Gruppe unter ihnen. Müssen wir uns als Fachkräfte nicht fragen, ob eine demokratisch verfasste Gesellschaft für ihre Weiterentwicklung auf die aktive Einbindung von Kindern und Jugendlichen überhaupt verzichten kann? Und sind viele (Normen)Konflikte in den Einrichtungen nicht insofern hausgemacht, weil die „Kids“ zu wenig Beteiligung erleben? Pädagogische Arbeit kann nur in permanenten Aushandlungsprozessen gelingen. Nur so werden Kinder auf eine Zukunft vorbereitet, die durch eine Vielfalt von Lebenslagen gekennzeichnet ist, in denen sie selbst ständig Entscheidungen fällen müssen.

Axel Pohl stellt eingangs mit der „Stufenleiter der Partizipation“ eine Messlatte für die tatsächliche Qualität von Partizipation vor. Er berichtet von einem britischen Beispiel, bei dem Jugendliche in einem Gemeinwesen Gestaltungsverantwortung mit eigenem Budget übernehmen – zunächst als Projekt, inzwischen regelförmig finanziert. Liane Pluto zeichnet eine Zwischenbilanz für die Erziehungshilfen und geht der Frage nach, weshalb Partizipation häufig halbherzig bleibt. Die Praxisbeispiele runden das Bild ab: Skizziert werden Möglichkeiten von demokratischer Schul-Kultur im Ammertal sowie in Schweden und die Anwendung des hiezulande noch recht unbekanntes „Familienrats“ als viel versprechendes Beteiligungsinstrument bei schwierigen Entscheidungen des Jugendamts.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre verbunden mit vielen neuen Ideen, um Ihre Spielräume zu nutzen!

Lothar Wegner
Fachreferent der Aktion Jugendschutz

Warum fragen Sie nicht jemanden, der etwas davon versteht?

Kommunale Partizipationsansätze
zwischen tatsächlicher Beteiligung und bürgerschaftlicher Kosmetik

■ Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist in den letzten Jahren zu einem der jugendpolitischen Schwerpunktthemen geworden. Doch was heißt Partizipation? Wer partizipiert woran und wobei? Macht Partizipation einen Unterschied in Bezug auf soziale Integration? Wo ermöglicht Partizipation Teilhabe, wo ist sie legitimatorisches Feigenblatt dafür, dass die meisten Kinder und Jugendlichen von den sie betreffenden Entscheidungen ausgeschlossen sind?

Partizipation kann sowohl Teilnahme als auch Teilhabe bedeuten, hat also passive und aktive, formale und substantielle Bedeutung. Das unbeteiligte, willkürliche Ankreuzen eines Stimmzettels ist genauso gemeint wie das Engagement für eine Bürgerinitiative. Ein Unterscheidungsmerkmal ist auch, ob Kinder und Jugendliche in Projekten Partizipation (für später) lernen sollen oder ob ihre Beteiligung (von Beginn an) grundlegendes Prinzip von Jugendhilfe, Jugendarbeit und Jugendpolitik ist. Partizipation ist Kern des Demokratieprinzips und bezieht sich vom Anspruch her auf alle Entscheidungen, die das Leben eines Gesellschaftsmitgliedes oder sein Gemeinwesen betreffen.

Die verstärkte Thematisierung von Partizipation weist nun darauf hin, dass Partizipation nicht (mehr) selbstverständlich stattfindet, besonders unter jungen Frauen und Männern. Die Modernisierung moderner Gesellschaften hat offensichtlich ein solches Niveau an Differenzierung und Komplexität erreicht, dass die Einzelnen subjektive Interessen und Bedürfnisse bzw. individuelle Lebensentscheidungen nicht mehr mit gesellschaftlichen Strukturen in einen sinnvollen Zusammenhang bringen können. Angesichts der Pluralisierung von Le-

bensläufen und zunehmenden Risiken von Arbeitslosigkeit und Armut ist die Bindung der jungen Generation an Staat und Gesellschaft längst nicht mehr selbstverständlich. Sinkende Wahlbeteiligung, Zulauf zu nicht demokratischen Parteien, abnehmende Mitgliederzahlen in Vereinen und Verbänden sowie Anzeichen der Entfremdung zwischen Jugendlichen und gesellschaftlichen Institutionen (z.B. Schulen) vermitteln den Eindruck, dass zunehmende Teile „der Jugend“ der Gesellschaft entgleiten.

Dem wollen Partizipationsprogramme entgegenwirken: kaum eine Kommune ohne Jugendgemeinderat oder Jugendforum, Kampagnen und Aktionsprogramme auf Landes- und Bundesebene. Zu fragen ist allerdings zum einen, mit welchem Erfolg, und zum anderen: Meinen sie es ernst? Wie interpretieren sie Partizipation?

Der Sozialgeograf Christian Reutlinger bezeichnet vorherrschende sozialräumlich ausgerichtete Partizipationsprogramme als „Container“. Häufig sind sie nicht an den Orten angesiedelt, an denen Jungen und Mädchen, junge Frauen und Männer ihr Leben gestalten und bewältigen müssen, und sie setzen nicht an den Themen an, die für diese Bewältigung am wichtigsten sind. Ein zentraler Befund des YOYO-Projektes war, dass sich die Förderung von Partizipation hauptsächlich auf „weiche“ Politikbereiche wie die kommunale Jugendpolitik oder die Jugendarbeit begrenzt. Dagegen überwiegen in Schule, Berufsbildung, Berufsvorbereitung oder Qualifizierungsprojekten „harte“ Kriterien wie Leistung, Wettbewerb und Beschäftigungsfähigkeit. Individueller Einfluss und Wahlmöglichkeiten, das heißt gleichzeitig aber auch subjektive Identifikation und Motivation, gelten als nachrangig oder werden stillschweigend vorausgesetzt.

Der vorliegende Artikel basiert auf einer Reihe von Erfahrungen mit Partizipationsprojekten in unterschiedlichen europäischen Kontexten:

„Young Citizens' Project“

Das Netzwerk „Young Citizens' Project“ war Teil des EU-Stadtentwicklungsprogramms URBACT. Inhalt war der Austausch verschiedener europäischer Städte über wirksame Maßnahmen der Partizipation Jugendlicher. Das Netzwerk bestand aus den Stadtverwaltungen Belfast, Bristol, Sunderland/Easington, Liverpool (alle Großbritannien), Birkirkara (Malta), Evosmos/Thessaloniki (Griechenland), Mazekiai (Litauen), Misterbianco/Catania (Italien) und Sabadell/Barcelona (Spanien). Das Projekt hat seine Ergebnisse in Form eines gemeinsam erarbeiteten „Toolkits (Werkzeugkastens) zur Beteiligung Jugendlicher“ vorgelegt. Das Toolkit enthält Anregungen zur Reflexion und Auswertung von allen Phasen von Partizi-

pationsprozessen und von den Jugendlichen gemeinsam mit den Professionellen ausgewählte Beispiele bewährter Verfahren. Es kann von der Projektwebsite in englischer, griechischer, italienischer und spanischer Sprache heruntergeladen werden.

Mehr Informationen zum Netzwerk finden Sie unter:

<http://urbact.eu/projects/young-citizens-project/>

Forschungsprojekt YOYO

Das von IRIS e.V. koordinierte europäische Forschungsprojekt „Jugendpolitik und Partizipation“ (YOYO) untersuchte die Potenziale von Partizipation und informellem Lernen für die Übergänge junger Frauen und Männer in den Arbeitsmarkt. Der Schwerpunkt lag auf dem Zusammenhang zwischen Benachteiligung, Partizipation und Motivation.

Mehr Informationen zum Projekt gibt es unter: http://www.iris-egris.de/de/jugend/yoyo_-_jugendpolitik_und_partizipation/

Eine zweite Kritiklinie an Partizipationsprogrammen stellt diese in Zusammenhang mit dem Trend zum aktivierenden Staat. Dieser verlangt den Bürgern und Bürgerinnen – besonders deutlich am arbeitsmarktpolitischen Motto des Förderns und Forderns – immer mehr Selbstverantwortung ab, während er staatliche Garantieleistungen und solidarische Unterstützungsarrangements einschränkt. Unter Rückgriff auf den französischen Theoretiker Michel Foucault und sein Konzept der „Gouvernementalität“ wird Partizipation als Diskurs verstanden, der Selbstverantwortung kulturell positiv normiert, um sie so leichter einfordern zu können.

Junge Frauen und Männer sind in ihrer Identitätsarbeit genauso wie in ihren Übergängen ins Erwachsensein Ungewissheiten und Unsicherheiten ausgesetzt, die sie zu weiten Teilen individuell aushalten und bewältigen müssen. Sie müssen immer mehr Entscheidungen treffen, bei denen sie sich nicht an zuverlässigen Vorbildern – weder den Eltern noch den Gleichaltrigen – orientieren können. Sie müssen diese Entscheidungen auch zunehmend selbst verantworten, unabhängig davon, ob ihnen Wahlmöglichkeiten offenstehen und sie die Mittel haben, Wahlentscheidungen auch umzusetzen.

Die Ungleichheit in Bezug auf Realisierungschancen spiegelt sich auch in der Partizipation. An entsprechenden Programmen sind etwa Hauptschüler/innen oder Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich

weniger vertreten. Ihre Erfahrung, dass sie in Bezug auf Ausbildung und Lebensplanung eigentlich keine Wahl haben, wirkt sich offensichtlich auch auf ihre Bereitschaft aus, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen. In individualisierten Gesellschaften, die immer weniger garantieren können, welche ihrer institutionalisierten Lebenslaufbahnen auch ein lebbares und lebenswertes Leben ermöglichen, setzt Partizipation deshalb die Verbindung mit subjektiver Identitätsarbeit voraus: Partizipation muss „mir etwas bringen“, hier und jetzt und in Bezug auf die Lebensthemen und -kontexte, die für mich gerade von Belang sind.

Im Folgenden werden nun aus den Erfahrungen des Netzwerkes „Young Citizens' Project“ abgeleitete Überlegungen vorgestellt, wie kommunale Partizipationsprojekte mit den skizzierten Problemstellungen umgehen können.

Das „Young Citizens' Project“

Die Beteiligung von Jugendlichen ist inzwischen einer der Standards der Jugendpolitik in vielen Feldern. Dennoch bleiben viele Beteiligungsprojekte in den Ansätzen stecken, weil nur die ohnehin schon engagierten Jugendlichen mitmachen, oder sie schlafen nach kurzer Zeit wieder ein. Wie dies für den Bereich der Stadtentwicklung geändert werden könnte, untersuchte ein europäisches Städtenetzwerk im Rahmen der EU-Gemein-

schaftsinitiative „URBACT“, bei der der Autor mit der wissenschaftlichen Begleitung beauftragt war. Ziel des Netzwerks war die Evaluation und Weiterentwicklung

Die von Roger Hart entwickelte Leiter der Partizipation ist in sieben Stufen unterteilt, die von Manipulation über Konsultation bis „Power-Sharing“ reichen.

bestehender Beteiligungsprozesse durch Jugendliche und Angehörige der beteiligten Stadtverwaltungen. Zentrales Ergebnis des Projekts sind Empfehlungen zu Schlüsselthemen, mit denen

sich Projektverantwortliche auseinandersetzen müssen. Entlang dieser Schlüsselthemen werden im Folgenden einige Ergebnisse exemplarisch vorgestellt.

Auswahl adäquater Beteiligungsansätze

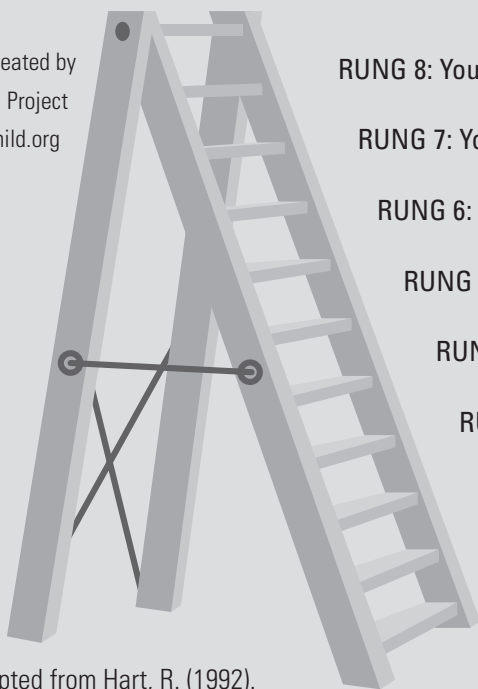
In der Debatte um die angemessene Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen gibt es eine Reihe von Systematisierungsversuchen, die Beteiligungsansätze nach dem Grad der Partizipation von Jugendlichen unterscheiden. Am bekanntesten wurde die „Leiter der Partizipation“, die Roger Hart in den 1970er-Jahren entwickelte. Darin werden sieben Stufen der Partizipation unterschieden, die von Mani-

pulation über Konsultation von Jugendlichen bis „Power-Sharing“ reichen. Die hinter diesen Ansätzen stehende Bewertung legt den Maßstab an Projekte, dass je mehr Einfluss Jugendliche nehmen können, desto besser die Beteiligungsform sei. Das Projekt setzte sich mit diesem Maßstab auseinander und befand die grundlegende Wertung für erstrebenswert. Gleichzeitig jedoch war klar, dass auf unterschiedliche Lebenslagen und Bedürfnisse von Jugendlichen nicht mit Lösungen von der Stange reagiert werden kann, sondern Verwaltungen, die sich auf Beteiligungsprozesse einlassen, noch zusätzliche Kriterien brauchen, um zu entscheiden, welche Formen von Partizipation in welcher Situation adäquat und realistisch sind. Deshalb erarbeitete das Projekt ein Schema zur Vorplanung von Beteiligungsprozessen, bei dem folgende Fragen entscheidend sind:

- ❑ Wie sind die Ausgangspunkte der Beteiligung: Wer entscheidet bisher und wem wird Entscheidungskompetenz genommen? Woran sollen Jugendliche beteiligt werden?
- ❑ Welche Gruppen von Jugendlichen sollen sich beteiligen? Was sind deren Bedürfnisse und Interessen?

Roger Hart's Ladder of Young People's Participation

Created by
The Freechild Project
<http://freechild.org>



RUNG 8: Young people & adults share decision-making

RUNG 7: Young people lead & initiate action

RUNG 6: Adult-initiated, shared decisions with young people

RUNG 5: Young people consulted and informed

RUNG 4: Young people assigned and informed

RUNG 3: Young people tokenized*

RUNG 2: Young people are decoration*

RUNG 1 Young people are manipulated*

Adapted from Hart, R. (1992).
Children's Participation from Tokenism to Citizenship.
Florence: UNICEF Innocenti Research Centre.

* Note: Hart explains that the last three rungs are *non-participation*

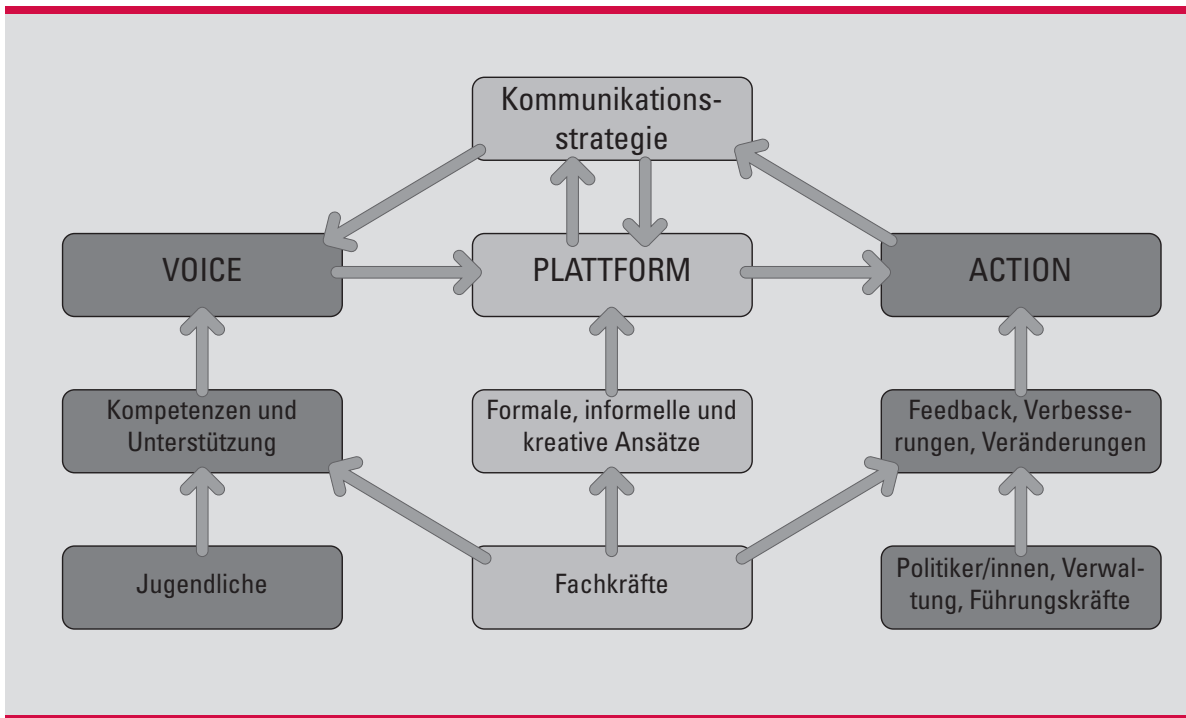


Abbildung 1: Die Rollen unterschiedlicher Akteure in Partizipationsprozessen

- Welche Ressourcen stehen zur Verfügung (Personal, Räume, Kompetenzen)?
- Welchen politischen Rückhalt haben Beteiligungsformen?
- Welche Kontextressourcen sind vorhanden in Form von Zugängen zu Jugendlichen?
- Welche Jugendinfrastruktur existiert, auf die Beteiligungsformen aufbauen können, z. B. in Form von professioneller und ehrenamtlicher Jugendarbeit etc.?

Das „Voice Platform Action“-Modell

Die Jugendabteilung der Stadtverwaltung Sunderlands im Nordosten Englands hat zur Planung und Bewertung von Beteiligungsprozessen ein einfaches Schema entwickelt, das die genannten Analyseschritte aufeinander bezieht: das „Voice-Platform-Action“-Modell. Ausgangspunkt des Modells ist das in der UN-Konvention zu den Rechten des Kindes festgeschriebene Recht Jugendlicher, dass ihre Stimme (Voice) gehört werden muss. Dazu ist eine Plattform (Platform) notwendig, auf der diese Stimme von denen wahrgenommen wird, die die Entscheidungen treffen. Zuletzt erkennt das Modell an, dass junge Frauen und Männer oft nicht die Macht haben, dass ihre Ideen umgesetzt, d. h. zu Action werden. Dieses simple Modell kann in unterschiedlichen Arbeitsfeldern verwendet werden, um zu überprüfen, wie in Partizipationsprozessen die unterschiedlichen Verant-

wortlichkeiten und Rollen zwischen Jugendlichen, Fachkräften und Entscheidern verteilt werden (siehe Abbildung 1). Die Stadt Liverpool hat dieses Modell bereits genutzt, um mit Jugendlichen gemeinsam die Partizipationsrichtlinien der Youth Services zu überarbeiten. Andere Abteilungen der Stadtverwaltung wurden darauf aufmerksam und sind gerade dabei, die dabei erarbeiteten Prinzipien für die gesamte Bürgerbeteiligungsstrategie der Stadtverwaltung zu übernehmen.

Aktive Anerkennung von Diversität und Pluralität

Jugend als einheitliche Lebenslage gibt es schon lange nicht mehr. Viele Beteiligungsansätze und -projekte leiden jedoch unter einem enormen Mittelschichts-„Bias“. D. h., sie stellen unterschwellig so hohe Anforderungen, indem sie ein hohes Maß an Interesse, Zeit und Verständnis voraussetzen, dass sich vor allem Jugendliche mit hohem Bildungsgrad angesprochen fühlen und Jugendliche mit weniger Ressourcen ausgeschlossen bleiben. Betroffen davon sind jedoch nicht nur Jugendliche mit niedrigerer Bildung, sondern häufig sind es auch andere Ausschlusskriterien wie Geschlecht, Mehrheit/Minderheit oder lokale und Gruppenidentitäten, die subtil dafür sorgen, dass einige Gruppen sich weniger beteiligen. Es reicht also in der Planung von Beteiligungsprozessen nicht, „offen für alle“ zu sein, sondern es gilt, Wege zu finden, wie aktiv mit diesen Barrieren

umgegangen wird. Dies kann bedeuten, unterschiedliche Zugänge für unterschiedliche Gruppen zu schaffen und z. B. aufsuchende Ansätze zu entwickeln für Jugendliche, die nur schwer von „Komm-Strukturen“ angesprochen werden. Ein weiterer Schritt ist die laufende Überprüfung aller entwickelten Methoden auf mögliche Barrieren.

Drei-Zonen-Modell

Der District of Easington nutzt für diese Überprüfung und die laufende Fortentwicklung seiner Partizipationsansätze das aus der differenziellen Psychologie bekannte „Modell der drei Zonen“.

Zentrales Element für die Motivation von Jugendlichen ist die Relevanz der zu verhandelnden Gegenstände, an denen sie beteiligt werden sollen.

Die „Panikzone“ ist der soziale Raum, in dem junge Frauen und Männer sich unwohl und ängstlich

fühlen, weil sie den Rahmen ihrer Alltagserfahrungen komplett verlassen müssen. Die „Komfortzone“ bietet dagegen vertraute Handlungs- und Kommunikationsmuster und führt zu Sicherheit und Wohlbefinden. Zwischen diesen beiden liegt die für pädagogisches Handeln in Partizipationsprozessen interessante „Stretchzone“. Organisatoren von Beteiligungsprozessen brauchen eine erhöhte Sensibilität und Kenntnis von sozialen und räumlichen Markern, die die Grenzen zwischen diesen Zonen darstellen. Dies können ganz konkret bestimmte Graffiti sein, aber auch Kommunikationsformen, Kleidungsstile und Höflichkeitsnormen. Diese gilt es im Blick zu haben, um die „Stretchzone“ möglichst weit auszudehnen und Hürden für die Teilnahme nicht einseitig bei den Jugendlichen zu suchen oder sie für

soziale Grenzziehungen etwa zwischen „einheimisch“ und „eingewandert“ verantwortlich zu machen, die sie nicht erfunden haben.

Wessen Motivation ist das Problem?

Mit dieser besonderen Sensibilität für die subtilen Barrieren in Beteiligungsprozessen lassen sich auch einseitige Zuschreibungen vermeiden, die das Scheitern von Partizipationsansätzen in der angeblich mangelnden Motivation der Jugendlichen suchen. Zentraler Punkt bei der Reflexion, warum und wozu Jugendliche motiviert sind, sich zu beteiligen, ist jedoch, die Sinnhaftigkeit von Partizipation aus der Sicht der Betroffenen verstehen zu lernen und ernst zu nehmen.

Zentrales Element für die Motivation von Jugendlichen ist also die Relevanz der zu verhandelnden Gegenstände, an denen sie beteiligt werden sollen. Üblicherweise sind diese Gegenstände überdurchschnittlich oft den „weichen“ Politikbereichen Jugendarbeit, Gestaltung von Freiflächen u. a. zuzuordnen. Seltener jedoch den „harten“ Politikbereichen Bildung und Arbeitsmarkt. Während Schülermitverwaltung und Schülerparlamente eine große Verbreitung haben, sind sie doch meistens auf den Bereich der Konsultation beschränkt.

Young People's Inspection Team

Ein Beispiel für eine Einbeziehung von Jugendlichen in strukturverändernde Prozesse ist das „Young People's Inspection Team“ der Jugendabteilung der Stadtverwaltung Sunderland im Nordosten Englands. Hintergrund für die Einrichtung dieses Teams ist die zentrale Stellung von staatlichen Audit- und Inspektionsverfahren im Bildungs- und Sozialbereich. In England ist die Behörde OFSTED damit beauftragt, regelmäßig jede Schule und Jugendeinrichtung zu evaluieren. Sie nimmt damit ähnliche Aufgaben wahr wie die Schulaufsicht in anderen Ländern, beauftragt jedoch unabhängige Expert/innen mit der Inspektion der jeweiligen Einrichtungen anhand von landesweit standardisierten Qualitätskriterien. Der für die für Beteiligungsprozesse im Jugendbereich zuständigen Stelle in der Stadtverwaltung Sunderland fiel jedoch auf, dass Jugendliche an diesen Verfahren nur im Rahmen von Nutzer/innen-Befragungen beteiligt waren, auf den Prozess der Evaluation jedoch so gut wie keinen Einfluss hatten. Deshalb gründeten sie eine Gruppe von Jugendlichen, die Erfah-

Der Autor



Axel Pohl, Diplompädagoge, seit 1994 beim Institut für regionale Innovation und Sozialforschung (IRIS) e.V. in Tübingen, 2004 bis 2007 thematischer Experte für das EU-Programm URBACT. Schwerpunkte seiner Arbeit: international vergleichende Forschung zu den Übergängen Jugendlicher und junger Erwachsener ins Erwerbsleben, Praxisforschung zu den Themen Jugendsozialarbeit, nonformale Bildung und Jugendliche in der Einwanderungsgesellschaft. www.iris-egris.de

rungen als Besucher/innen und Nutzer/innen offener Jugendarbeit hatten, um auszuloten, inwiefern Jugendliche an diesen für die Jugendarbeit oft recht erfolgreichen Inspektionen beteiligt werden konnten. Für die 15- bis 18-jährigen Jugendlichen wurde ein Trainingskurs angeboten, bei dem die Frage „Was ist eine gute Jugend(hilfe)einrichtung?“ im Mittelpunkt stand. Seither hat die Gruppe über 50 Einrichtungen mit der Qualitätssicherungsabteilung der Stadtverwaltung besucht. Gleichzeitig wurde die Gruppe zu neun offiziellen OFSTED-Inspektionen eingeladen, die die Jugendlichen gemeinsam mit den offiziellen Inspektor/innen durchführten. Im Anschluss an jede Inspektion wurde ein gemeinsames Briefing veranstaltet, bei dem die Jugendlichen ihre Meinung in die Diskussion mit den Inspektor/innen einbringen konnten. Ein Resultat dieser gemeinsamen Sitzungen war die Anpassung der offiziellen Richtlinien der OFSTED-Inspektionen aufgrund der Kritik der Jugendlichen.

Youth Engagement Team

Einen Schritt weiter bei der Einbeziehung Jugendlicher in die Gestaltung und Weiterentwicklung von Jugendinfrastruktur ging die Stadtverwaltung Liverpool mit ihrem „Youth Engagement Team“. Hier wurde dem Mangel an Jugendlichen in den üblichen Partizipationsformen Jugendparlament und Stadtteilvertretungen damit begegnet, indem zunächst als Pilotprojekt neun Stellen für Jugendliche geschaffen wurden, die zwar Erfahrung als Nutzer/innen der Jugendarbeit hatten, jedoch schon frühzeitig aus dem Bildungs- und Ausbildungssystem ausgestiegen waren. Die 16- bis 19-Jährigen wurden in einem zweimonatigen Kurs zu „Youth Engagement Workers“ ausgebildet. Ausgestattet mit einer voll bezahlten Stelle (11.000 Pfund Sterling pro Jahr) organisieren diese Jugendlichen zwei Jahre lang Partizipationsprojekte in ihren Stadtteilen. Ihre Aufgaben umfassen dabei unterschiedliche Bereiche wie die Recherche zu Hintergründen von Konflikten zwischen Anwohner/innen und jugendlichen Cliquen, die Organisation von Workshops in Kooperation mit der Polizei oder anderen Jugendevents sowie die Betreuung von Jugendlichen, die sich in Nachbarschaftvertretungen engagieren. Mit dem Einsatz der „Youth Engagement Workers“ gelang der Zugang zu Gruppen, die mit herkömmlichen Beteiligungsverfahren nur schwer zu erreichen waren. Gleichzeitig wird die Berufserfahrung der Jugendlichen als Teil der Zugangsvoraussetzungen für den Studiengang

„Youth and Community Work“ an der Liverpool University anerkannt. Nach der erfolgreichen Pilotphase wurde die Finanzierung der Stellen von der Stadtverwaltung Liverpool auf Dauer übernommen.

Glaubwürdigkeit als zentraler Maßstab

Das Liverpools Beispiel zeigt, dass angesichts veränderter Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener neue Wege eingeschlagen werden müssen, wenn die Überlagerung der Lebensphase Jugend durch den Druck der Positionierung auf dem Arbeitsmarkt als Hindernis für die klassischen biografischen Wege zu jugendlichem Engagement ernst genommen werden soll. Ein anderer Aspekt der Veränderung jugendlichen Engagements ist die größere Bereitschaft zu Verantwortungsübernahme von Jugendlichen heute, wie sie z. B. im Rahmen der Debatte um die Absenkung des Wahlalters häufig als Argument vorgebracht wird: Jugendliche sind sehr wohl bereit, sich einzubringen, wenn sie nur einsehen können, was ihr Engagement „bringt“. Ihr hohes kritisches Potenzial macht sie misstrauisch gegenüber Ansätzen, die Jugendliche lediglich als Feigenblatt zur Legitimation benutzen. Sie erkennen sehr wohl Ansätze des „Kidnapping“, wie ein Mitarbeiter der am Netzwerk beteiligten Städte ironisch nannte, bei denen Jugendlichen recht schnell klar wird, wie wenig Einfluss ihnen tatsächlich eingeräumt wird.

Jugendliche sind sehr wohl in der Lage, sich einzubringen. Sie müssen allerdings erleben, dass sich ihr Engagement auch lohnt.

„Our Work. Our Place. Our Future“

Einen etwas anderen Weg beschritt die Stadtverwaltung Bristol bei der Planung und Durchführung ihres Beitrags zum EU-Stadtentwicklungsprogramm URBAN2. Nachdem Jahrzehnte (und viele Millionen Pfund) städtebaulicher Förderung wenig an der schwierigen Lage einiger Stadtteile geändert hatten, entschloss sich der Stadtrat, dass die Fördersumme der URBAN2-Förderperiode 2000–2007 gänzlich Jugendlichen zugutekommen sollte. Daher wurden unter dem Motto „Our Work. Our Place. Our Future“ ausschließlich Projekte zur Förderung zugelassen, die ihren Bezug zum Thema Jugend nachweisen konnten. Doch damit nicht genug, entgegen allen rechtlichen Bedenken und Einwänden der zuständigen EU-Behörden setzte die Stadtverwal-

tung durch, dass das Steuerungsgremium, das über die Vergabe der Mittel entschied, zu 50 Prozent aus Personen unter 18 Jahren bestand. Die stimmberechtigte Vorsitzende der „URBAN Partnership Group“ (UPG) war zu Beginn ihrer Amtszeit 16 Jahre alt. Die UPG hat inzwischen mehrere Hundert Anträge von Bildungsträgern und Stadtteilinitiativen begutachtet und Mittel in der Höhe von 13,5 Mio. Euro vergeben.

Fazit

Aus den Fallstudien dieser Projekte lassen sich eine Reihe von Aspekten von Partizipation ableiten, die notwendig sind, um die Kluft zwischen gesellschaftlicher

Partizipationsansprüche ernst zu nehmen, heißt auch, Lebens- und Berufsansprüche als legitim anzuerkennen und zu unterstützen.

Teilhabe und individueller Lebensbewältigung zu überwinden: Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen heißt, Wahlmöglichkeiten anzubieten und unterschiedlichste Zugänge für Jugendliche zur

Partizipation zu schaffen, die der Vielfalt jugendlicher Lebenswelten entsprechen. Partizipation weckt dann das Interesse auch sogenannter benachteiligter Jugendlicher, wenn sie an den sozialen Orten und den Themen der Lebensbewältigung von Jugendlichen ansetzt. Dies bedeutet aber auch, dass sie von Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Maßnahmen und Projekten gerade in den Kernbereichen Schule – Ausbildung – Beruf abhängt: Wenn Partizipation als Nischenprojekt daherkommt, wird sie von Jugendlichen auch als solches erlebt.

Partizipationsansprüche ernst zu nehmen, das heißt auch, Lebens- und Berufsansprüche als legitim anzuerkennen und zu unterstützen, die sich aufgrund von Wettbewerb und Selektion nicht so einfach umsetzen lassen, und Partizipation gerade in diesen Bereichen zu verstärken. Diese Anerkennung vermittelt sich in vertrauensbasierten Beziehungen zu Praktiker/innen; an ihnen ist es, den Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Vertrauensvorschuss zu gewähren, nicht andersherum.

Es ist offensichtlich, dass diese Aspekte sowohl Praxis als auch Politik, sowohl „weiche“ als auch „harte“ Bereiche betreffen. D.h., eine partizipatorische Praxis

Verwendete und weiterführende Quellen

Hart, Roger (1997): Children's participation. The theory and practice of involving young citizens in community development and environmental care. Reprinted. New York.

Pohl, Axel/Stauber, Barbara/Walther, Andreas (2006): Zur Bedeutung informeller und partizipativer Lernprozesse für die Übergänge junger Erwachsener in die Arbeit. In: Tully, Claus (Hg.): Lernen in flexibilisierten Welten. Wie sich das Lernen der Jugend verändert. Weinheim; München, S. 183–199.

Pohl, Axel/Stauber, Barbara (2007): „Auf einmal ist dir das nicht mehr egal...“ Motivation und Partizipation in zwei Projekten der Jugendsozialarbeit. In: Stauber, Barbara/Pohl, Axel/Walther, Andreas (Hg.): Subjektorientierte Übergangsforschung. Rekonstruktion und Unterstützung biografischer Übergänge junger Erwachsener. Weinheim, S. 201–226.

Reutlinger, Christian (2003): Jugend, Stadt und Raum. Sozialgeographische Grundlagen einer Sozialpädagogik des Jugendalters. Opladen.

setzt Partizipationsrechte voraus und um Jugendlichen und jungen Erwachsenen Verhandlungsmacht zu erteilen, auch Autonomie im Sinne des Zugangs zu eigenen Ressourcen. Gerade an diesem Punkt wird der Unterschied zwischen Aktivierung und Partizipation sehr deutlich: Die anfängliche Regelung von Hartz IV ermöglichte jungen Erwachsenen die Verselbstständigung durch einen eigenständigen Anspruch auf Grundsicherung und Wohngeld, der jedoch sofort wieder eingedämmt wurde. Der europäische Vergleich zeigt allerdings Unterschiede: So werden jungen Frauen und Männern in den Bildungssystemen und Arbeitsmarktprogrammen in nordeuropäischen Ländern wesentlich mehr Wahlmöglichkeiten zugestanden als etwa in Deutschland.

Dass die meisten der hier ausgewählten Praxisbeispiele aus dem britischen Raum stammen, ist kein Zufall. Zum einen war Großbritannien mit vier Städten im URBACT-Netzwerk sehr stark vertreten. Zum anderen hat sich die britische Regierung die „devolution of power“, also die dezentrale Umverteilung der Macht, in ihre Regierungsprogrammatik geschrieben, in der aktivierende Ansätze, sei es als Stärkung der Bürgerbeteiligung im Gemeinwesen, sei es als „aktivierender Sozialstaat“, eine zentrale Rolle spielen. Gerade die Beispiele aus diesem gesellschaftlichen Kontext zeigen aber auch, wie diese politische Vorgabe in der Praxis als gesellschaftlicher Rückenwind genutzt werden kann, um die engen Grenzen üblicher Beteiligungsprojekte zu überschreiten und Jugendliche nicht nur als Feigenblatt zu benutzen.

Partizipation in den Hilfen zur Erziehung

Produktive Irritationen

■ **In der Kinder- und Jugendhilfe ist die Zustimmung zum Partizipationsanspruch von Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien groß. In der Alltagspraxis wird dieser Anspruch jedoch nicht selten mit einem „aber“ versehen. Liane Pluto verweist sowohl auf die strukturellen Rahmenbedingungen, die die Umsetzung des Anspruchs erschweren, als auch auf die Haltung der Fachkräfte und ihrer Angst vor dem Verlust des Expertenstatus. Eine Chance, Partizipation zu verwirklichen, besteht, wenn auf allen Ebenen und in allen Bereichen einer Organisation, Hindernisse erkannt und Möglichkeiten gesucht werden, sie zu verankern.**

Partizipation ist eines der Themen, das in den letzten Jahren eine erstaunliche Konjunktur erlebt hat. Die zentrale Frage ist, wie die Demokratie so gelebt werden kann, dass ihre Mitglieder an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen beteiligt werden. Diese Frage stellt sich nicht allein bezogen auf den unmittelbaren Bereich politischer Partizipation (z. B. hinsichtlich des Wahlverhaltens oder bei bürgerschaftlichem Engagement), sondern auch in anderen Bereichen wie z. B. in Unternehmen (betriebliche Mitbestimmung), in der Schule, in der Verwaltung und in psychosozialen Arbeitsfeldern. Die Konjunktur des Themas ist insofern nicht erstaunlich, da eine moderne Gesellschaft, die durch Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse geprägt ist, ein Prinzip der Integration unterschiedlicher Norm- und Wertvorstellungen benötigt, das gleichzeitig der Individualität und den Autonomiebedürfnissen ihrer Mitglieder gerecht wird. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen stellt für die Gesellschaft dabei eine besondere Herausforderung dar, da ihnen bislang in vielen Bereichen nicht die gleichen Mitgestaltungsmöglichkeiten wie Erwachsenen zur Verfügung stehen.

Die Kinder- und Jugendhilfe hat die Förderung von Partizipation zu einem ihrer Grundprinzipien erklärt. Die

Zustimmung zu dem Anspruch, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien an den sie betreffenden Entscheidungen und an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes zu fördern, ist groß. Groß ist sie deshalb, weil die Kinder- und Jugendhilfe ein gesellschaftlicher Bereich ist, in dem es eine entsprechende Fachdebatte (z. B. anlässlich der UN-Kinderrechtskonvention, 8. Kinder- und Jugendbericht) und seit dem KJHG eine weitreichende rechtliche Verankerung von Partizipation gibt. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz wurde an verschiedenen Stellen eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gesetzlich fixiert. Neben einer ganz allgemeinen Forderung, Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Angelegenheiten zu beteiligen (§ 8 SGB VIII), sollen die Angebote der Jugendarbeit von den jungen Menschen „mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“ (§ 11 SGB VIII) und junge Menschen in lokale Planungsprozesse einbeziehen (§ 80 Abs. 2, § 8 SGB VIII). Der § 36 SGB VIII (Mitwirkung, Hilfeplan) hat die Diskussion um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, speziell hinsichtlich der Organisation und Umsetzung einzelfallorientierter Hilfen im Bereich der erzieherischen Hilfen, angeregt. Die Kinder- und Jugendhilfe hat somit eine gute rechtliche Ausgangsbasis für die Verwirklichung von Partizipation geschaffen.

Die positive Einstellung gegenüber dem Partizipationsanspruch wird in der konkreten Alltagspraxis jedoch nicht selten mit einem „aber“ versehen. Ein Grund dafür ist, dass sich die Verwirklichung mitunter schwieriger als erhofft erweist. Das „aber“ wird auch hinsicht-

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen stellt für die Gesellschaft eine besondere Herausforderung dar, da ihnen in vielen Bereichen nicht die gleichen Mitgestaltungsmöglichkeiten wie Erwachsenen zur Verfügung stehen.

lich der besonderen Rahmenbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe, vor allem in den Erziehungshilfen formuliert und führt im Handeln dazu, dass Partizipationsmöglichkeiten eingeschränkt werden.

Dieser Artikel setzt sich mit den Irritationen auseinander, die zwischen Anspruch und Realisierung von Partizipation entstehen, und konzentriert sich dabei besonders auf ein Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe: die erzieherischen Hilfen (§ 27–35 SGB VIII). Die Basis dafür bilden empirische

Den Adressaten der erzieherischen Hilfen werden häufig nicht die Kompetenzen zugetraut, sich beteiligen zu können.

Daten aus dem Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ am Deutschen Jugendinstitut. In diesem Projekt¹ werden wiederholt in ver-

schiedenen quantitativen Befragungen Daten zur Partizipation von Adressaten in der Kinder- und Jugendhilfe erhoben (vgl. zu den einzelnen Erhebungen www.dji.de/jhsw). Darüber hinaus wurde innerhalb des Projektes eine qualitative Studie zum Thema Partizipation durchgeführt. Im Rahmen dieser Studie wurden sowohl Interviews mit Fachkräften in Einrichtungen und Jugendämtern als auch mit Jugendlichen und Eltern geführt. Das Ziel dieser Studie bestand darin, diejenigen Bedingungen, Faktoren und Strukturen innerhalb zentraler Handlungs- und Entscheidungsabläufe im Kinder- und Jugendhilfegeschehen, vor allem den erzieherischen Hilfen, zu erforschen, die Beteiligungsformen seitens der Adressaten ermöglichen oder verhindern (vgl. Pluto 2007).

In diesem Teilbereich der Kinder- und Jugendhilfe werden häufig weitreichende und wegweisende Entscheidungen für das Leben der Adressaten getroffen und eine Beteiligung oder Nichtbeteiligung der Adressaten ist somit sehr folgenreich. Zudem werden den Adressaten der erzieherischen Hilfen häufig nicht die Kompetenzen zugetraut, sich beteiligen zu können. Beklagt wird mitunter auch, dass die Adressaten sich gar nicht beteiligen wollen. Umso wichtiger ist die Frage, wie es in einem solch speziellen Bereich gelingt, Partizipationsprozesse anzuregen und zu etablieren. Im Folgenden werden zunächst die besonderen Voraussetzungen für Partizipation in den erzieherischen Hilfen thematisiert.

Darauf folgend konzentriert sich der Beitrag auf ausgewählte Aspekte, an denen deutlich wird, was eine Verwirklichung von Partizipation in den erzieherischen Hilfen fördert oder erschwert.

Partizipation unter besonderen Bedingungen

Fachkräfte, die in den erzieherischen Hilfen tätig sind, haben es mit besonderen Bedingungen zu tun. Eine Spannung, die die gesamte soziale Arbeit betrifft, muss von den Fachkräften ausgehalten werden. Es ist ein „doppeltes Mandat“ zu bewältigen: Die soziale Arbeit und somit auch die Kinder- und Jugendhilfe bewegt sich in ihrem Handeln immer zwischen den beiden Aufgaben: zu helfen und zu kontrollieren. Auf der einen Seite muss sie mit den Adressaten individuelle Lebensbewältigungsstrategien finden und sie in den Lebensentwürfen stärken und gleichzeitig muss sie für die Einhaltung gesellschaftlicher Normen sorgen. Diese beiden unterschiedlichen Aufgaben beeinflussen – so ist zu vermuten – auch die Haltung der Fachkräfte gegenüber der Anforderung, Beteiligungsprozesse zu ermöglichen. Je nachdem, welche Aufgabe von einer Fachkraft als die vordringliche definiert wird, rücken andere Handlungsmuster in den Vordergrund. Diese Balance ist für die Fachkräfte schwierig auszutarieren. Der Gesetzgeber hat hier erneut eine klare Antwort gegeben. In § 8a SGB VIII ist festgelegt: Bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos „sind die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche einzubeziehen, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird“.

Eine weitere Besonderheit ist, dass man es nicht mit einem Adressaten zu tun hat, sondern mit mehreren und diese haben unterschiedliche Rechtspositionen und meist auch verschiedene Interessen, denn die Konflikte zwischen Kindern und Eltern sind oft ein Anlass für die Hilfe. Die Fachkräfte sind auch gefordert, diese verschiedenen Interessen miteinander in Einklang zu bekommen.

Die Anforderung, dass Kinder und Jugendliche beteiligt werden sollen, ist im Bereich der Hilfen zur Erziehung

¹ gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

immer auch eine pädagogische und damit eine paradoxe Anforderung. Damit ist gemeint, dass man in Erziehungsprozessen das, was man erreichen möchte, immer bereits voraussetzen muss. Dies gilt auch für Beteiligungsprozesse: Sie sind in dem Kontext der erzieherischen Hilfen immer auch Weg und Ziel zugleich. Beteiligung ist nicht nur das ferne Ziel, sondern ist bereits die Anforderung für die pädagogischen Prozesse selbst. Das heißt, als Pädagoge muss man stets annehmen, dass das Kind oder der Jugendliche in der Lage ist, selbst zu partizipieren und selbst Verantwortung zu übernehmen. Es muss demnach immer darum gehen, Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und diese so zu arrangieren, dass Kinder und Jugendliche in der Lage sind, sie zu nutzen. Pädagogisches Handeln kann nur gemeinsam mit dem einzelnen Kind oder Jugendlichen gelingen und nicht ohne. Anderenfalls müsste man von Dressur, Verhaltenstraining bzw. -modifikation oder auch Machtausübung reden, aber nicht von Erziehung.

Diese besonderen Bedingungen rechtfertigen keine Einschränkung von Beteiligungsmöglichkeiten. Sie stellen im Gegenteil die Begründungen für die Notwendigkeit partizipativen Handelns dar, denn nur partizipativ kann es unter den beschriebenen Rahmenbedingungen gelingen, für die Einhaltung der Rechte der Adressaten zu sorgen und sie bei der Bewältigung ihres Lebens zu unterstützen.

Expertenstatus der Fachkräfte

Der Partizipationsanspruch rührt an den Machtverhältnissen zwischen Fachkräften und Adressaten in der Kinder- und Jugendhilfe. Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass die Beteiligungsforderung dem Missverständnis unterliegt, dass Partizipation eine Umkehrung der Machtverhältnisse zur Folge hat und die eigene Fachlichkeit dadurch ihre Berechtigung verliert. Fachkräfte sehen sich infolge des Beteiligungsanspruches mit einer Veränderung der Bedeutung der eigenen Rolle als Experten konfrontiert. Viele Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe definieren ihre Expertenrolle dahingehend, dass sie wissen, was für die Familien gut ist. Die Eltern und die Kinder nach Strategien zur Verbesserung ihrer Lebenssituation zu fragen, empfinden diese Fachkräfte als nicht zielführend, denn die Beteiligten sind offensichtlich mit ihren bisherigen Strategien

gescheitert. So stellt sich dann die Frage, wodurch die Fachkräfte in der sozialen Arbeit ihre Expertenrolle begründen können, wenn im Rahmen der gemeinsamen Entscheidungsfindung die Adressaten durch ihre Mitwirkung großen oder sogar den größten Einfluss auf das Ergebnis haben. Dies ist keine Frage, die auf die soziale Arbeit beschränkt ist. Die großen Schwierigkeiten, zu mehr Beteiligung zu kommen, die man im Schulsystem oder auch im Gesundheitssystem beobachten kann, sind zum Teil auf berufliche Identitätsentwürfe zurückzuführen, die in einem klassischen Expertenmodell verbunden sind. Was Experte sein bedeutet, orientiert sich dabei an dem vorherrschenden öffentlichen Bild. Dies hat zur Folge, dass sich die berufliche Identität aus der Gewissheit speist, zu wissen, was für andere gut ist, und nicht – was zur Förderung von Beteiligung sehr viel besser wäre –, wie man den Adressaten helfen kann, selbst herauszufinden, was gut für sie ist.

Als Pädagoge muss man stets annehmen, dass das Kind oder der Jugendliche in der Lage ist, selbst zu partizipieren und selbst Verantwortung zu übernehmen.

Im alltäglichen Handeln erzeugt die Forderung nach einer Beteiligung der Adressaten Fantasien von Unkontrollierbarkeit, Grenzenlosigkeit und auch Angriff auf den eigenen fachlichen Status. Das Handeln wird somit für die Fachkräfte zu einem unsicheren Unterfangen, bei dem sie das Gefühl dafür verlieren, dass der Prozess von ihnen im Voraus geplant und gesteuert werden kann. In der Konsequenz wird von den Fachkräften versucht, den Anspruch auf Beteiligung zu kontrollieren und auf der Basis der eigenen fachlichen Einschätzung zuzulassen oder einzuschränken. Beteiligung wird in dieser Perspektive als ein Zugeständnis an die Adressaten betrachtet und nicht als eine grundlegende Haltung im Hilfeprozess. Wie sich in der Studie zeigt, müssen Beteiligungsmöglichkeiten erst im Laufe der Zeit verdient werden und können jederzeit wieder entzogen werden. Am Umgang mit Regeln lässt sich dies gut verdeutlichen. In sehr vielen Einrichtungen existieren z. B. von den Fachkräften festgelegte Zeiten, wann man in einem bestimmten Alter zu Hause sein muss. Die im Jugendschutzgesetz definierten Grenzen werden – wie eine Auswertung von Hausordnungen zeigt – dabei häufig nicht erreicht. Erst wenn man als Jugendlicher bewiesen hat, dass man pünktlich wieder in die Einrichtung zurückkehrt, erhält man beispielsweise das

Recht, über eine Veränderung der Weggehzeiten diskutieren zu dürfen, oder erhält im Gegenzug andere Rechte, die bis dahin verwehrt waren.

Man würde es sich aber deutlich zu einfach machen, die alleinige Verantwortung der einzelnen Fachkraft zuzuschieben und zu behaupten, diese würden nicht fachlich korrekt arbeiten und sie

Partizipation wird oft nicht als integraler Bestandteil des Handelns, sondern als zusätzliche professionelle Methode für das fachliche Handeln betrachtet.

hätten nicht die richtige Haltung, um die Partizipationsforderung zu verwirklichen. Diese Einschätzung würde zu kurz greifen. Es kann nicht sein, dass die Fachkräfte mit

einer ganzen Reihe sowohl theoretisch als auch praktisch-methodisch ungelöster Fragen bei einem der zentralen Prinzipien moderner Kinder- und Jugendhilfe allein gelassen werden. Es ist entscheidend, ob Möglichkeiten und Rahmenbedingungen geschaffen werden, die das Bewusstsein dafür stärken, dass die Schwierigkeiten, vor denen die Fachkräfte häufig stehen, Teil der professionellen Aufgabe sind, die im Moderieren von Prozessen, Herausarbeiten von Problemlagen und Begleiten von Konflikten besteht.

Rechte versus Pflichten?

Partizipation wird oft nicht als integraler Bestandteil des Handelns, sondern als zusätzliche professionelle Methode für das fachliche Handeln betrachtet. Partizipation als eine von vielen methodischen Handlungsalternativen zu begreifen, verdeckt den Umstand, dass Partizipation ein demokratischer Anspruch ist. Über Beteiligung wird wie

über ein didaktisches Vorgehen oder die konzeptionelle Ausrichtung eines Angebotsschwerpunktes nachgedacht, aber nicht als ein elementarer Bestandteil des Handelns. Erkennbar wird dies daran, dass bestimmte Entscheidungen und Vorgänge, z. B. in einer stationären Einrichtung, der Mitbestimmung durch Kinder und Jugendliche nicht zugänglich gemacht werden. Kinder und Jugendliche haben im Ergebnis somit häufig einen eingeschränkten Bereich zur Verfügung, in dem sie mitentscheiden dürfen. So erhalten sie zwar beispielsweise in einer betreuten Wohngruppe die Möglichkeit, sich zwischen zwei Essensalternativen zu entscheiden, sie haben aber keinen Einfluss auf die Entscheidung, welche Lebensmittel eingekauft oder wann die Mahlzeiten eingenommen werden. Oder die Beteiligungsmöglichkeit der Wohngruppe eines Heimes erstreckt sich auf die Wahl des Urlaubszieles, aber nicht auf die Einstellung der neuen Mitarbeiterin, obwohl diese zukünftig ein ganz entscheidender Teil ihrer Lebensrealität sein wird (vgl. auch Gragert, Pluto, van Santen, Seckinger 2005). Das „Instrument“ Beteiligung wird für sinnvoll befunden, wenn man als Fachkraft der Ansicht ist, dass sich Kinder und Jugendliche aktiver an ausgewählten Bereichen der Alltagsgestaltung bzw. der Planung ihrer Zukunft engagieren könnten (z. B. der Gestaltung und dem Sauberhalten der Gemeinschaftsräume). In anderen Bereichen wird eher auf die Pflichten der Jugendlichen verwiesen und das Erlernen von Regeln zum obersten pädagogischen Ziel erhoben (z. B. Pünktlichkeit). In jedem Fall behalten sich die Fachkräfte die Entscheidung vor, zu welchem Zeitpunkt und zu welchem Thema Beteiligung angemessen ist. Damit werden zwei unterschiedliche Anliegen des pädagogischen Handelns gegeneinander in Position gebracht, die aber in dieser Form nicht gegenübergestellt werden können. Eine solche Haltung ist für die Umsetzung einer partizipativ-orientierten Hilfestellung nicht förderlich. Zudem besteht das Risiko, dass es von der jeweiligen Fachkraft abhängig ist, ob Beteiligung für die Adressaten möglich ist oder nicht. Aus der Perspektive der Jugendlichen wird diese Form der Beteiligung schnell uninteressant, da die für sie wirklich interessanten Bereiche meist ausgespart bleiben.

Strukturelle Bedingungen für Beteiligung

Eine Schwierigkeit für Partizipation entsteht in der Spannung zwischen der Logik der Institutionen und den pädagogischen Anforderungen. Das Handeln der Fach-

Die Autorin



Dr. Liane Pluto, Wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut e.V. in München im Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel – Leistungen und Strukturen“. Ihre Veröffentlichung zum Thema: Partizipation in den Hilfen zur Erziehung. Eine empirische Studie, München: Deutsches Jugendinstitut 2007

Kontakt und weitere Informationen

www.dji.de/jhsw

kräfte ist oft (gezwungenermaßen) nicht primär nach pädagogischen Bedürfnissen, sondern entlang den Anforderungen und gemäß der inneren Logik der jeweiligen Organisation ausgerichtet. Dies können bestimmte Hierarchien sein oder auch restriktive Finanzvorgaben, die dann das Handeln der Fachkräfte bestimmen. Diesem Rahmen können die Institutionen nicht entkommen und er ist sogar wichtig, damit bestimmte Standards für die Hilfe sichergestellt werden. Die entscheidende Frage ist somit, inwieweit die Fachkräfte überhaupt in die Lage versetzt werden, tatsächlich Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Werden ihnen professionelle Handlungsstrategien angeboten? Arbeiten sie in Strukturen, die partizipatives Handeln und somit eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen unterstützen? Welchen Hemmnissen sehen sich die Fachkräfte gegenüber? Diese Fragen verdeutlichen, dass die Fachkräfte selbst Rahmenbedingungen brauchen, die es ihnen erleichtern, partizipativ zu handeln. Auf verschiedenen Ebenen sind die Institutionen gefragt, ihre Mitarbeiter/innen zu unterstützen. Dazu gehören z. B. ausreichende Handlungsspielräume. Müssen alle Entscheidungen mit der Leitung rückgekoppelt werden, kommt es vielfach gar nicht zu Aushandlungsprozessen mit den Kindern und Jugendlichen, denn sie werden bis zur Klärung verschoben. Haben die Mitarbeiter/innen eigentlich kein Verhandlungsmandat, sinken ihre Möglichkeiten, auf die Wünsche und Bedürfnisse der Adressaten einzugehen. Es ist nur schwer vorstellbar, dass dieselben Mitarbeiter/innen, die ihre eigenen Einflussmöglichkeiten als begrenzt ansehen, Kinder und Jugendliche ermutigen können, sich aktiv einzubringen. Andere strukturelle Aspekte sind beispielsweise Fortbildungen zu den Rechten von Kindern und Jugendlichen oder Supervisionssitzungen, die dafür genutzt werden, wie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen verbessert werden kann.

Formalisierte Beteiligungsmöglichkeiten als Schutz in Institutionen

Fachkräfte sind – wie die Studie zeigt – noch skeptisch gegenüber formalisierten Beteiligungsmöglichkeiten. Sie haben das Gefühl, dass diese angesichts der individuellen Problemkonstellationen unangemessen sind und ihnen andererseits dadurch ein zusätzlicher Aufwand zugemutet wird, der durch das Ergebnis nicht gerechtfertigt wird. Die Skepsis gegenüber den Verfahren re-

sultiert aus dem unauflösbaren Widerspruch, einerseits ein individuell angemessenes Setting zu schaffen und andererseits in einer Institution zu arbeiten, die die individuellen Besonderheiten aus pragmatischen Gründen zum Teil negiert. Institutionalisierte Beteiligungsmöglichkeiten erlauben es den Adressaten, Anliegen auch außerhalb der unmittelbaren Beziehungsebene zwischen einzelnen Adressaten und Fachkräften zu thematisieren. Versteht sich z. B. eine Jugendliche mit ihrer Bezugsbetreuerin nicht, dann kann sie versuchen, mit einem funktionierenden Heimrat, Gruppensprechern oder einem Beschwerdeverfahren ihren Interessen Gehör zu verschaffen. Öffentlich organisierte Erziehungshilfen der Kinder- und Jugendhilfe können gar nicht anders, als in dieser nicht aufzulösenden Spannung mit formal organisierten Verfahren und Partizipationsmöglichkeiten zu begegnen. Sie stellen die einzige hierfür angemessene Reaktion dar, da sie auch auf institutioneller Basis „funktionieren“.

Den sozialpädagogischen Fachkräften fehlt es häufig an der Erfahrung, dass eine stärkere Beteiligung der Adressaten entlastend sein kann. Die institutionalisierten Formen werden noch immer eher als eine Störung und etwas Zusätzliches verstanden. Fachkräfte werden diese nicht aktiv nutzen, solange ihre Befürchtungen gerechtfertigt sind, dass sich die Verfahren gegen sie wenden können (als Umkehrung von Machtverhältnissen, als trägerinternes Controllingssystem, als Legitimation nach außen). Dort, wo gute Erfahrungen mit institutionellen Formen der Beteiligung gemacht werden, nehmen die Fachkräfte das Instrument als wichtige Möglichkeit wahr, Konflikte erkennen und bearbeiten zu können. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die befürchtete Zunahme der Konfrontation meist ausbleibt und das Wissen um die Existenz des Instrumentes für die Beteiligten dazu führt, dass das Bemühen um eine Lösung vorangetrieben wird (vgl. van Santen 2006).

Institutionalisierte Beteiligung wird dann Relevanz für die Beteiligten entfalten können, wenn sie akzeptierter Bestandteil der Institution ist, von allen Beteiligten auch genutzt wird und somit selbstverständlicher Teil des Alltags wird. Bislang – so zeigen die Ergebnisse –

Wo gute Erfahrungen mit institutionellen Formen der Beteiligung gemacht werden, nehmen die Fachkräfte das Instrument als wichtige Möglichkeit wahr, Konflikte erkennen und bearbeiten zu können.

sind sowohl Adressaten als auch Fachkräfte damit noch unzufrieden. Die Adressaten haben noch zu wenig Wissen über die Verfahren und eigene Handlungsmöglichkeiten, um sie tatsächlich für sich nutzen zu können. Auch fehlen noch methodische Ideen besonders für die Beteiligung jüngerer Kinder.

Resümee

Der Blick auf die erzieherischen Hilfen zeigt, dass eine intensive Diskussion darüber, wie eine umfassende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Einrichtungen verwirklicht werden kann, erforderlich ist.

Partizipation wird oft nicht als integraler Bestandteil des Handelns, sondern als zusätzliche professionelle Methode für das fachliche Handeln betrachtet.

Eine Weiterentwicklung der Praxis in diesem Thema ist sonst nicht zu erreichen. Die

von den Fachkräften erlebten Irritationen weisen auf die besonderen Herausforderungen in den erzieherischen Hilfen hin. Diese sind aber bei genauerer Betrachtung keine Begründungen, um Partizipationsmöglichkeiten zu begrenzen.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen wird dann eine Chance auf eine Verwirklichung in den Erziehungshilfen haben, wenn auf allen Ebenen (Steuerungsebene, Organisationsstruktur, pädagogisches Handeln) das Streben nach Beteiligung ernst genommen wird und wenn Möglichkeiten gesucht werden, Partizipation in allen Bereichen einer Organisation zu verankern. Notwendig ist eine Partizipationskultur, die eine Atmosphäre schafft, in der sich Kinder und Jugendliche verstanden fühlen. Diese entsteht im Alltag dadurch, dass Beteiligung nicht nur auf wenige Events (z. B. Projekte) beschränkt bleibt, sondern in den kleinen, alltäglichen Dingen wie in einem persönlichen Gespräch oder in der

Literatur

Nicola Gragert/Liane Pluto/Eric van Santen/Mike Seckinger (2005): Entwicklungen (teil)stationärer Hilfen zur Erziehung. Ergebnisse und Analysen der Einrichtungsbefragung 2004. München.

Pluto, Liane (2007): Partizipation in den Hilfen zur Erziehung. Eine empirische Studie. München: DJI-Verlag.

Eric van Santen (2006): Beschwerdemanagement und Adressat/innenräte als institutionelle Formen der Partizipation in den erzieherischen Hilfen – das Beispiel Niederlande. In: Mike Seckinger (Hrsg.) (2006): Partizipation – ein zentrales Paradigma. Tübingen: dgvt-Verlag.

gemeinsamen Vorbereitung und Gestaltung einer Gruppenbesprechung erlebbar wird. Obschon diese Anforderung nach einer umfassenden Partizipationskultur wie eine sehr hohe Voraussetzung klingt, zeigen die Erfahrungen der Praxis, dass auch mit kleinen Schritten Veränderungsprozesse in der eigenen Institution angestoßen werden.

Ein Blick auf gesetzliche Regelungen in anderen europäischen Staaten zeigt, wo es bei den deutschen Gesetzen Veränderungsbedarf gibt. In den Niederlanden ist sowohl ein Beschwerdemanagementsystem als auch die Einsetzung von Mitbestimmungsgremien auf Trägerebene gesetzlich verankert (vgl. van Santen 2006). Zu beidem gibt es in deutschen Gesetzen keine Regelungen. Das Fehlen eines vorgeschriebenen Beschwerdesystems schwächt die Position der Adressaten, denn sie sind in den Hilfen zur Erziehung mit dem Handeln von Institutionen und deren spezifischen Abläufen und Logiken konfrontiert. Damit Adressaten institutioneller Angebote ihre Beteiligungsrechte tatsächlich verwirklichen können, bedarf es deshalb ebenso institutionell abgesicherter Wege, Kritik und Änderungswünsche zum Ausdruck zu bringen. Es darf nicht sein, dass im Zweifel die Adressaten Kritik nicht vorbringen, weil sie Angst haben, die geäußerte Kritik könnte negative Folgen für sie haben.



Aus der Praxis für die Praxis

Delia Godehardt, Heike Hör

Mut, zu tun, wovon wir reden:

*Aktivierung von Familien und Netzwerken
in der Jugendhilfe durch einen Familienrat*

Fachleute in der sozialen Arbeit wissen, was nötig ist, um Familien in herausfordernden Situationen Unterstützung zu bieten, die erfolgreich und nachhaltig wirkt: Nichts geht ohne die Beteiligung der Menschen, ihrer Familien und ihrer Netzwerke. Trotzdem sind viele frustriert darüber, wie oft die Zusammenarbeit nur punktuell funktioniert und zuweilen eher einem kräftezehrenden Kampf der Überzeugungen als einem produktiven Miteinander gleicht. Der Familienrat bietet ein ebenso simples wie erfolgreiches Verfahren, in dem Beteiligung ermöglicht und gefordert wird.

Gerlinde K. kämpft darum, mit ihrem neugeborenen Sohn Jonas zusammenzuleben. Doch dieser Perspektive steht einiges im Weg: Jonas K. wurde drei Wochen vor dem errechneten Termin geboren. Er übersteht in den ersten Wochen seines Lebens eine Gelbsucht und eine Lungenentzündung, er hält auch den Entzug des Substitutionsmittels seiner Mutter durch. Die 30-jährige Gerlinde konsumiert seit über zehn Jahren legale und illegale Drogen. Zurzeit befindet sie sich im Substitutionsprogramm. Gerlinde leistet viel, um Jonas täglich zu betreuen. Sie pendelt zwischen Kinderklinik, Substitutionspraxis, Drogenberatung, Psychiater, Job Center und Jugendamt und trennt sich von Jonas' Vater, der weiter in der Drogenzene verkehrt.

Die Mitarbeiter/innen der Kinderklinik erleben einen Jungen, der sich gut stabilisiert, und eine Mutter, die sich bemüht, alles richtig zu machen. Allerdings erleben sie auch, dass Gerlinde K.

Selbstgespräche führt und sich bedroht fühlt. Jonas' Vater beschreibt Verfolgungs- und Vergiftungsvorstellungen seiner Exfreundin. Doch während eines mehrtägigen Aufenthaltes in der psychiatrischen Klinik werden keine Auffälligkeiten beobachtet und auch der Substitutionsarzt erlebt Gerlinde K. als zuverlässig und verantwortungsvoll. Kurze Zeit später diagnostiziert jedoch der ambulant weiterbehandelnde Psychiater eine psychotische Erkrankung, bei der es zu nicht kalkulierbaren Reaktionen kommen kann. Dieser Arzt rät davon ab, Gerlinde K. alleine mit ihrem Sohn leben zu lassen.

Die zuständige Sozialarbeiterin des ASD bringt daraufhin Jonas nach seiner Entlassung aus der Kinderklinik zunächst in einer Bereitschaftspflegefamilie unter. Gerlinde besteht weiter darauf, Jonas' Betreuung alleine zu übernehmen. Eine Mutter-Kind-Einrichtung ist für sie undenkbar. Die Auseinandersetzung vor Gericht scheint unausweichlich.

Es entsteht die Idee, Gerlinde einen Familienrat anzubieten zu den Fragen: Wo soll Jonas nach der Entlassung aus der Kinderklinik leben? Wie kann sich die Bindung zwischen Mutter und Sohn weiterhin intensiv entwickeln? Gerlinde willigt ein, sie sieht die Chance, mithilfe ihrer Familie Unterstützung zu bekommen und Jonas zu behalten.

„Familienrat ist wie Socken stopfen, man beginnt, die ausgefransten Ränder zu verstärken, alles, was noch vorhanden ist, zusammenzufassen und dann ein Netz zu spannen.“¹

Sehr wichtig für eine konstruktive Arbeit ist die sorgfältige Vorbereitung des Familienrates. Gerlinde wird gefragt, wen sie dabei haben will: Sie wünscht sich die Teilnahme ihrer Mutter, ihrer

Der Grundgedanke einer solchen „Family Group Conference“ (FGC), auf Deutsch „Familienrat“, ist:

Familien werden zur Problemlösung aktiviert, in ihrer Verantwortlichkeit gestärkt und zu Entscheidungsträgern gemacht (vgl. Früchtel, F. 2007). Gleichzeitig wird die Institution ihrem Auftrag zur Sicherung des Kindeswohls durch die Formulierung der Sorge und der Mindestanforderungen gerecht. „Familie“ umfasst alle Menschen, die zur jeweiligen Lebenswelt gehören, sowie diejenigen, zu denen die Familie die Kontaktaufnahme wünscht.

Ein Familienrat eignet sich für viele Situationen, mit denen Familien konfrontiert sein können, neben Fragen der Jugendhilfe z.B. auch zum Thema Pflege von Angehörigen oder Inhaftierung eines Familienangehörigen etc. Er eignet sich besonders für Familien, die über schwierige Vorerfahrungen mit Institutionen berichten.

zwei Schwestern und zwei ihrer Brüder jeweils mit Partner/innen sowie der beteiligten Fachkräfte. Der Teilnahme des leiblichen Vaters stimmt sie nicht zu, dessen Mutter, Jonas' Großmutter, möchte sie aber gerne einladen. Außerdem nennt Gerlinde noch den Pfarrer der Kirchengemeinde ihrer Mutter, er hat sie konfirmiert und wird auch Jonas taufen.

Alle Beteiligten werden über die Fragestellung und die formulierte Sorge informiert. Termin, Ort und mögliche weitere Beteiligte werden besprochen, auch Lösungsideen und mögliche Beiträge werden schon im Vorfeld abgefragt.

¹ Nice, J., 2006: Te Hokianga Mai/Coming Home, International Conference on the Family Group Conference, Workshop: Bringing hope to families and to workers.

Familie K. hat so etwas noch nie erlebt und äußert einige Skepsis über den Sinn eines solchen Treffens. Die Großmutter verweist auf ihr Alter, eine Schwester – eine trockene Alkoholikerin – stellt ihre Erfahrung mit Sucht in den Vordergrund, es werden viele Vorbehalte laut. Aber dass Jonas als das jüngste Mitglied der Familie einen sicheren Lebensort braucht, zählt mehr als alle Vorbehalte und die meisten sagen ihre Teilnahme zu. Im Vorfeld stellt sich heraus, dass Gerlindes älterer Bruder Thomas ihre Hauptbezugsperson ist. Er hat bereits begonnen, sie aktiv zu unterstützen, jedoch fällt ihm die Vorstellung einer „Familienzusammenkunft“ immer schwerer. Er hält es für ausreichend, wenn er sich um Gerlinde und Jonas kümmert, der Kontakt zur ASD-Mitarbeiterin wird immer konfliktbehafteter. Gerlinde bleibt bei ihrem Wunsch nach einem Familienrat. Thomas lässt alle im Unklaren darüber, ob er tatsächlich teilnehmen wird.

**„Needed: Socialworkers with guts“
Gesucht: Sozialarbeiter/innen mit Mumm²**

Der Familienrat findet im Gemeindezentrum statt, die Familie hat für Snacks und Getränke gesorgt. Auch Thomas ist gekommen, nicht ohne zu betonen, dass er bald wieder gehen wird. Die Fachleute von Jugendamt, Gesundheitsamt und Kinderklinik sind ebenfalls da. Alle anderen haben schriftliche Statements vorbereitet, die verlesen werden.

Der Familienrat beginnt mit der Vorstellungs- und Informationsrunde. Dabei geht es vor allem darum, dass die Fachleute über ihren Wissensstand und ihre Sicht der Situation informieren. Es wird so sichergestellt, dass die Familie über die vorliegenden Informationen (Sorgen und Stärken) verfügt und über die vorhandenen nicht verhandelbaren Mindeststandards zum Kinderschutz informiert ist. Wenn alle Nachfragen beantwortet sind, verlassen die Profis den Familienrat, sie halten sich bis zur Entscheidung auf Abruf zur Verfügung.

Im Familienrat für Gerlinde K. ist die Informationsrunde wegen der zahlreichen Fachleute sehr lang.

Der Familienrat beginnt mit der Vorstellungs- und Informationsrunde. Dabei geht es vor allem darum, dass die Fachleute über ihren Wissensstand und ihre Sicht der Situation informieren. Es wird so sichergestellt, dass die Familie über die vorliegenden Informationen (Sorgen und Stärken) verfügt und über die vorhandenen nicht verhandelbaren Mindeststandards zum Kinderschutz informiert ist. Wenn alle Nachfragen beantwortet sind, verlassen die Profis den Familienrat, sie halten sich bis zur Entscheidung auf Abruf zur Verfügung.

Obwohl sich alle kurz fassen und auch viel Positives berichten, ist es für die Familie nicht leicht, nicht sofort in Diskussionen über das Gehörte einzusteigen. Im Lauf der Zeit wird jedoch klar, dass diese Phase nur zur Vorbereitung der eigentlichen Diskussion in der Familie dient. Es wird deutlich, dass die Hauptsorge der Fachkräfte auf der psychiatrischen Diagnose und dem damit einhergehenden unkalkulierbaren Risiko für Mutter und Sohn basiert. Als unverhandelbare Mindestanforderung stellt die Sozialarbeiterin klar, dass Mutter und Sohn in der aktuellen Situation nicht alleine zusammenleben können. Alle stimmen überein, dass eine liebevolle Beziehung zwischen Gerlinde und Jonas unterstützt werden soll. Als die Fachkräfte den Raum verlassen, bleiben alle Familienmitglieder, auch Thomas, aktiv anwesend.

In der anschließenden Familienphase wird besprochen, wie die Beteiligten die Informationen einschätzen, welche Probleme sie sehen, welche Lösungen sie sich vorstellen können, welchen Teil sie selbst übernehmen und wo sie sich professionelle Hilfe wünschen. Sobald die Familie einen Plan mit Vereinbarungen und Lösungsvorschlägen erarbeitet hat, wird dieser in der Entscheidungsphase den verantwortlichen Fachleuten vorgestellt. Die Fachleute stimmen einem Plan zu, sofern er die Mindestanforderungen berücksichtigt.

Auch Familie K. diskutiert intensiv alle Informationen, ihre Einschätzungen sowie Unterstützungs- und Betreuungsmöglichkeiten. Hier ist es Thomas, der die Ergebnisse präsentiert: Gerlinde wird mit Jonas eine stationäre Drogentherapie machen. Bis zu deren Beginn bleibt Jonas in der Pflegefamilie, Gerlinde nutzt diese Zeit für eine Entgiftung, außerdem soll ein zweites psychiatrisches Gutachten mit Behandlungsvorschlägen erstellt werden. Sie kann Jonas entgegen der üblichen Besuchsregel mehrmals wöchentlich besuchen, da die Großmütter und eine Tante jeweils einen Besuch begleiten, um die Pflegefamilie zu entlasten und die Sicherheit von Mutter und Sohn zu gewährleisten.

Die von der Familie vorgeschlagene Lösung unterscheidet sich nicht in wesentlichen Punkten von dem, was der ASD vorgeschlagen hätte. Ihre Qualität liegt darin, dass die Familie nun die Notwendigkeit eines umfassenden Schutzes für Jonas versteht und um seine Unterbringung bittet und darüber hinaus, dass Gerlinde weitere Schritte in ein drogenfreies Leben plant. Wichtig ist zudem, dass alle Beteiligten vernetzt werden, dass Gerlinde im Rahmen ihrer Familie Unterstützung findet, dass Jonas so mehr Zeit mit seiner Mutter verbringen kann, und dass die Familie eine eigenständige Beziehung zu Jonas aufnimmt. Profis und Familie ziehen an einem Strang und kommen zu einem einvernehmlichen Ergebnis. Alle Beteiligten sind darüber sehr erleichtert. Am Schluss be-

Familienräte führen zu ca. 96 % zu einer Einigung (Durchschnitt aus verschiedenen Ländern). Es gibt inzwischen zahlreiche Evaluationen, die zu positiven Ergebnissen z. B. in der Frage der Akzeptanz und Tragfähigkeit von Lösungen oder der Sicherung des Kindeswohls kommen, vgl. u. a. Wijen Lunenburg, Drs u. a., 2008: PI Research/WESP: Die Familie ist am Zug. Die Ergebnisse von Eigen-Kracht-Konferenzen im Jugendschutz bei den Aspekten Sicherheit, sozialer Zusammenhalt und Federführung.

² L. Joanknecht (Family Group Conference 2008) beschreibt in einem Vortrag, dass es Mut braucht, „die Familie aufzufordern“. Siehe auch ders. 2007: Eigen Kracht-conferenties: effectief?! In: Conferentiebundel Windesheim 2007 (a congres about Multi Problem Families).

3. nationales Netzwerktreffen „Familienrat“ (FGC) am 17. und 18. September 2009 in Stuttgart

Familienrat (Family Group Conferencing) ist ein Entscheidungsfindungsverfahren, das die Beteiligung von Familien und Netzwerken in der Jugendhilfe oder bei der Sicherung des Kindeswohls konsequent umsetzt. Es wurde vor mehr als zwanzig Jahren in Neuseeland gesetzlich verankert, wird inzwischen weltweit und seit Kurzem auch in Deutschland erfolgreich praktiziert. Das Netzwerktreffen bietet am 17. September vormittags erste Einblicke in die Arbeit mit dem Familienrat. Rob van Pagee, Mitbegründer von Eigenkracht e. V. präsentiert das holländische Modell „Eigenkracht“ unter spezieller Berücksichtigung neuer Evaluationsergebnisse. Andreas Hampe-Grosser, Regionalleiter im Jugendamt Berlin-Mitte, wird über die Umsetzung in Berlin berichten. Außerdem gibt es Informationen zum Stand der Arbeit mit

dem „Familienrat“ in Stuttgart und in Baden-Württemberg. Dieser Vormittag ist kostenfrei und richtet sich an alle Interessierten.

Am 17. September nachmittags beginnt das Netzwerktreffen, das sich sowohl an interessierte Einsteiger/innen als auch erfahrene Praktiker/innen wendet. Mit dem Netzwerktreffen soll die Praxis des „Familienrates“ in Deutschland weiter entwickelt werden. Die Veranstaltung endet am 18. September um 13:30 Uhr.

Information: Landeshauptstadt Stuttgart, Jugendamt,
Heike Hör, Tel. (07 11) 2 16-29 13, Heike.Hoer@stuttgart.de

dankt sich neben Gerlinde auch Thomas bei der zuständigen Sozialarbeiterin für die Durchführung des Familienrats.

„Es braucht ein Dorf, um ein Kind großzuziehen.“

Fazit

1. Familienkonferenzen entsprechen dem sozialarbeiterischen Ansatz, eigenverantwortliches Handeln zu stärken, vorhandene Ressourcen auch im Sozialraum zu nutzen. Sie sind ein weiterer Schritt zur Verwirklichung des Grundsatzes der größtmöglichen Beteiligung der Nutzer/innen. Familien haben das Recht und auch die Pflicht, Entscheidungen zu treffen, dies ist in den Menschenrechten, dem Grundgesetz und auch in unserem Kinder- und Jugendhilfegesetz festgelegt.

2. Familienkonferenzen sind weder eine neue Methode der Sozialarbeit noch besonders innovativ, sondern einfach nur die konsequente Umsetzung des Wissens, dass die betroffenen Personen selbst die Experten ihres Lebens sind und dafür Verantwortung tragen müssen und können. (vgl. Projektantrag IGFH, 2006) Oder wie Edward Tahikari Durie,³ Rechtsexperte aus Neuseeland fragt: „... was ist schon daran innovativ, wenn Familien Entscheidungen für ihre Kinder treffen?“

Karina Vogel-Pahls

Verantwortung lernen an der GHWS Altingen

*Ich bin verantwortlich für das, was ich tue,
und für das, was ich nicht tue.*

*Ich bin verantwortlich für mich selbst
und für die Gemeinschaft, in der ich lebe.*

Können Schüler so etwas in der Schule lernen? Können wir ihnen dabei helfen, zu selbstbewussten, mutigen, empathischen Menschen zu werden, selbst wenn sie – wie es zu Beginn der Hauptschullaufbahn häufig der Fall ist – unsicher, gleichgültig und/oder gewaltbereit zu uns kommen? An der Altinger Schule sind wir davon zu tiefst überzeugt, und dementsprechend ist der Grundgedanke des „Altinger Konzepts“, dass alles, was wir tun, in erster Linie dazu dient, die Persönlichkeit der Kinder zu entwickeln und ihr Selbstwertgefühl zu stärken.

Wir verstehen Schule als „Polis im Kleinen“, als gerechte Gemeinschaft, in der mit allen am Schulleben Beteiligten nach demokratischen Grundsätzen gelebt wird. Ein gesundes Selbstwertgefühl ist die Voraussetzung, um sich gemeinsam auf von allen akzeptierte Werte und Normen verständigen zu können. In unserem Schulalltag soll nicht

Angst das vorherrschende Gefühl sein, sondern Werte wie Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit, Fürsorglichkeit und Toleranz sollen unmittelbar erfahren und so gelernt und gelebt werden, dass sie mit der Zeit zu eigenen Haltungen werden. Selbstachtung und Wertschätzung der eigenen Person und anderen Personen gegenüber sollen sich organisch entwickeln können. Durch Übernahme von Verantwortung und durch Entscheidungsfähigkeit aller kann ein verändertes moralisches Klima entstehen. Nicht die Erwachsenen legen aufgrund ihrer Autorität und ihrer größeren Lebenserfahrung die Regeln des Zusammenlebens fest, sondern die besseren Argumente und die gemeinsame Erfahrung. Und gleichzeitig lernen die Kinder in diesem Prozess, dass es auch unumstößliche und unveräußerliche universelle Werte gibt, deren Akzeptanz Voraussetzung für jede funktionierende Gemeinschaft ist.

Alle Bausteine des Altinger Konzepts basieren auf diesen Grundgedanken und sind eng miteinander vernetzt. Wenn es uns gelingt, unseren Grundkonsens in allen Bereichen zum Tragen kommen zu lassen, greifen die einzelnen Teile passend ineinander und ergeben ein rundes Ganzes.

Das Herzstück des Konzepts bilden verschiedene formelle und informelle Gremien und Formen der Mitbestimmung und Konfliktlösung. Diese helfen

³ Edward Tahikari Durie, Law Commissioner NZ, 2006: Te Hokianga Mai/Coming Home, International Conference on the Family Group Conference, Redebeitrag.

den Schülern dabei, ein demokratisches Bewusstsein zu entwickeln und demokratisch zu handeln.

Schülerversammlung/Klassenrat

Die Schüler/innen setzen sich mindestens einmal wöchentlich klassenweise in einer dafür reservierten Stunde in der Schülerversammlung zusammen. Hier werden zum einen organisatorische Fragen geklärt, Projekte und Unterricht gemeinsam geplant und reflektiert, Anregungen für die Klasse und die Schule aufgenommen und diskutiert und die Paragraphen der Klassenordnung verabschiedet. Es werden Beschlüsse gefasst, die in der Regel zum Handeln führen. Zum Zweiten kann hier jeder seine Probleme, die die Klasse betreffen, einbringen und die Klasse sucht gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten. Dabei gelten die Prinzipien Vertraulichkeit und Wiedergutmachung. Es werden verbindliche Vereinbarungen getroffen, deren Einhaltung beim Folgetermin überprüft wird.

Gibt es brisante Probleme, deren Erörterung nicht bis zum nächsten planmäßigen Termin warten kann, „haben Störungen Vorrang“: Dann hat jeder Schüler und jede Schülerin das Recht, nach Absprache mit dem Lehrer jederzeit eine Schülerversammlung einzuberufen. Die Schülerversammlungen sind für uns ein wesentlicher Lernort, weil die Schüler hier lernen, für ihre Überzeugungen einzutreten, zu argumentieren, zuzuhören, Kritik zu üben und anzunehmen und für die gemeinsam gefassten Beschlüsse Verantwortung zu übernehmen. Jeder hat nur eine Stimme, Schüler wie Lehrer, und alle haben sich ohne Ausnahme an die Beschlüsse der Schülerversammlung zu halten. Verstoßen die Beschlüsse gegen bestehendes Recht oder wird der Grundsatz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ verletzt, hat der Erwachsene, der Lehrer, ein Vetorecht.

Schulversammlung

Viermal im Jahr treffen sich alle Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Hausmeister, Sekretärin und Ehrenamtliche, also alle am Schulleben Beteiligten. Die Tagesordnungspunkte werden unter der Koordination der SMV (Schülermitverantwortung) in den Schülerversammlungen und in der Gesamtlehrerkonferenz gesammelt und vor- und nachbe-

Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule in Altingen

Gemeinde Ammerbuch (Landkreis Tübingen)

189 Schüler/innen und 19 Lehrer/innen,

Leitung: Ulrich Scheufele,

Inge Eißler (Stellvertreterin)

Kontakt: www.altinger-konzept.de

Trägerin des Deutschen Schulpreises 2008

Ausführlich wird das Altinger Modell vorgestellt in „Lehren und Lernen“, Ausgabe 3/2009.

reitet. In der Schulversammlung können Vorschläge und Wünsche eingebracht werden und es kann Stellung bezogen werden zu Verletzungen von Schulregeln, zu Gegensätzen oder Widersprüchen, die die ganze Schule betreffen. So lernen die Schüler/innen von der ersten Klasse an, dass es wichtig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, diese auch zu vertreten, auf andere zu hören, Kompromisse einzugehen, möglichst optimale Lösungen für alle zu finden und die Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen. Es werden auch Informationen weitergegeben, Ergebnisse aus dem Unterricht präsentiert oder bestimmte Leistungen gewürdigt. Hier wird die gemeinsam verfasste Schulordnung verabschiedet und von allen Lehrern und Schülern zu Anfang jedes Schuljahres unterschrieben. Die Schulgemeinschaft wird im Ganzen sichtbar und gepflegt.

SMV (Schülermitverantwortung)

Die Arbeit der SMV wurde durch die Einführung einer gestalteten Klassen- und Schülersprecherwahl aufgewertet. Wahlberechtigt sind alle Schülerinnen und Schüler ab Klasse drei. Die Kandidat/innen führen bei der Bewerbung um dieses Amt einen Wahlkampf. In einer Schulversammlung stellen sie ihre Person, ihr Anliegen und ihr zukünftiges Engagement vor. Dabei stellen sie sich auch den Fragen und Forderungen der versammelten Schülerschaft. Die SMV bildet einen Wahlausschuss, der die geheime Wahl mit Wahlkabinen und Wahlurnen durchführt. Nach der Auszählung der Stimmen gibt der Wahlleiter das Wahlergeb-

nis öffentlich bekannt. Die SMV fungiert zudem als Bindeglied zwischen Schülerversammlung/Klassenrat und Schulversammlung, da sie die Anliegen aus den einzelnen Klassen aufnimmt und bearbeitet und die Schulversammlung vor- und nachbereitet. Die Schülersprecher treffen sich regelmäßig mit dem Schulleiter zu Gesprächen, in denen sie Vorhaben der SMV, Wünsche, Kritik und Anliegen der Schülerschaft vorbringen und besprechen können.

Mediation/Streit-Schlichtung

Persönliche Konflikte können die Schülerinnen und Schüler mit ausgebildeten Schüler-Streit-Schlichtern oder in komplizierteren Fällen mit ausgebildeten erwachsenen Mediatoren klären. Auch Konflikte zwischen Lehrkräften und Schülern können in einer Mediation bearbeitet werden. Zurzeit haben wir zwölf ausgebildete Schüler-Streit-Schlichter, die in einem Vier-Wochen-Turnus supervisorisch begleitet werden. In der Streit-Schlichtung geht es um Probleme, die nicht von der ganzen Klasse diskutiert werden sollen oder die nicht alle in der Klasse betreffen. Die Schlichtungen finden während der Unterrichtszeit statt.

Würdigung des Engagements

Schülersprecher, Klassensprecher und Schüler-Streit-Schlichter (wie oben) werden mit Foto und Angaben zur Person in der Vitrine der SMV ausgehängt und auf der Homepage der Schule veröffentlicht. Damit sollen ihre Zuständigkeiten dokumentiert und ihre Arbeit wertgeschätzt werden. Alle Schülerinnen und Schüler, die sich bei besonderen Aufgaben eingesetzt haben, erhalten am Schuljahresende ein Zertifikat für ihr soziales Engagement überreicht und einen Vermerk im Zeugnis. Schüler/innen, die sich während des Schuljahres besonders für die Gemeinschaft im Ganzen engagiert haben, werden mit dem „Sozialpreis“ ausgezeichnet.

Zwei weitere Elemente unseres Konzeptes seien hier kurz angedeutet: Einzelne Schülerinnen oder Schüler, die besondere Probleme haben, kommen freitags nach dem Unterricht zum Freitagsgespräch ins Büro des Schulleiters. Nach der Erörterung des Problems werden gemeinsam Vereinba-

rungen erarbeitet sowie Unterstützungsbedarf und -möglichkeiten ausgelotet. Sozialdienste im Sinne von Wiedergutmachung für die Gemeinschaft stehen an, wenn jemand gegen bestehendes Recht verstößt, z. B. durch Verlassen des Schulgeländes, Alkohol- bzw. Zigarettenkonsum oder Sachbeschädigung.

Fazit

Trotz aller kleineren und größeren Misserfolge, die es immer wieder gibt, erleben wir, dass unser Konzept aufgeht. Vor 22 Jahren begann die Umsetzung des „Altinger Konzepts“, seither wurde und wird es immer weiter entwickelt, um den Bedürfnissen der Kinder noch besser gerecht zu werden und unseren Grundkonsens noch umfassender zu verwirklichen. Durch unsere demokratische, selbstbestimmte und wertschätzende Praxis haben wir eine veränderte Fehler- und Konfliktkultur und insgesamt ein deutlich positives Schulklima. Wir erleben, wie sich die Kinder tatsächlich zu selbstbewussten, sozial kompetenten und verantwortungsvollen Persönlichkeiten entwickeln und dass bei uns Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte meist gerne in die Schule gehen.

David Adalati

Bausteine der Demokratie nördlich des Polarkreises¹

Ich habe mein Auslandsjahr 2005/2006 in Schweden verbracht und lebte dort in Kiruna, der nördlichsten Stadt Schwedens, bei zwei Gastfamilien. Aufgrund dieser Erfahrungen will ich hier das Schüler-Lehrer-Verhältnis in Schweden beschreiben und anschließend mithilfe eines Beispiels Vorschläge und Anregungen für „Demokratie in der Schule“ geben.

Kiruna, 146 km nördlich des Polarkreises gelegen und meine Heimat für ein Jahr, präsentierte sich mir auf den ersten Blick als offen, ruhig und von

viel Natur umgeben. Bereits am zweiten Tag in Kiruna besuchte ich „Hjalmer Lundhohmskolan“, das einzige Gymnasium der Stadt, liebevoll von allen Bürgern „Hjampis“² genannt. Durch die idyllische Landschaft beeindruckt, nahm ich nun an, dass es auch im Gymnasium genauso überschaubar sein würde wie in der rund 20.000 Einwohner zählenden Stadt. Ich mutmaßte, dass Schulleitung und Lehrerkollegium abwartend, ruhig und kühl sein würden. Verglichen mit weltfremden Großstädten wie Göteborg oder Stockholm, hatten sie wahrscheinlich auch ein konservativeres – im Sinne von unbewegliche – Ansicht zur Demokratie.

Doch weit gefehlt! In Schweden gehen Schüler/innen und Lehrer/innen gänzlich anders miteinander um als in Deutschland. Prinzipiell verzichtet man auf das konventionelle, steife „Sie“ und spricht stattdessen sein Gegenüber mit „Du“ an. Auf diese Weise entsteht eine lockere und ungezwungene Atmosphäre, in der gegenseitiger Respekt jedoch immer vorhanden ist. Besonders deutlich wurde dies während vieler Diskussionen: Interessiert hörte man dem jeweiligen Sprecher bzw. der Sprecherin zu, man ließ ihn bzw. sie ausreden und fragte bei Unklarheiten oder Missverständlichem nach. Ohne persönlich zu werden, durfte Kritik geäußert werden und man konnte offen seine Meinung sagen. Angst bezüglich negativer Bewertungen musste kein/e Schüler/in befürchten. Am Schluss von Unterrichtsthemen sammelten die Lehrer/innen häufig Feedbacks oder in Englisch „evaluations“ von uns Schülern ein. Das zeigte mir als Schüler, dass auch die Lehrer/innen bereit sind, Kritik zu ertragen, und dadurch ihren Unterricht verbessern wollen.

Bildlich betrachtet, stehen Lehrer/innen und Schüler/innen immer auf gleicher Augenhöhe. Neben diesem „Gleichheitsaspekt“ beeinflusste auch das Rollenverständnis der Lehrkräfte das

Verhältnis untereinander. Mir erschienen sie nicht als belehrende Personen, die das Wissen einfach an mich weitergeben wollten, sondern eher als Personen, die mich dabei unterstützen wollten, Wissen selbstständig oder im Team zu erarbeiten. Daher bekamen wir sehr häufig Projekte oder Referate als Aufgaben gestellt. Teamarbeit wechselte sich mit selbständigem Arbeiten ab. Die Lehrkräfte betreuen in der Regel die gemeinsamen Projekte der Schüler/innen: Sie geben Hilfestellungen (z. B. Quellen zu Themen), Anregungen, auch Verbesserungsvorschläge zu Themen und sie korrigieren Sachverhalte, wenn dies notwendig ist. Ausgehend von einer freundschaftlich-kameradschaftlichen Basis geschah dies ohne den erhobenen Zeigefinger, ohne Rechthaberei oder anderes autoritäres Auftreten. An meiner jetzigen deutschen Schule finden Projekte und Ähnliches meist nur in sogenannten Fahrtenwochen oder manchmal am Ende des Schuljahres Platz. In Schweden dagegen sind sie stets zentral im Unterricht. Durch häufige Diskussionen innerhalb dieser Projekte habe ich gelernt, meine Meinung frei zu äußern, sie auch bei Bedarf zu überdenken und unter Umständen zu verändern. Dieses Vorgehen prägte sehr mein demokratisches Denken und Handeln.

Ein Beispiel für Demokratie an der „Hjampis“ war die Ausarbeitung des Sportunterrichts im zweiten Halbjahr. Direkt nach den Weihnachtsferien 2005 trafen sich die Schüler/innen aller Programme,³ die gleichzeitig Sport hatten (ca. 50 Personen), mit allen Sportlehrer/innen in der Sporthalle. Dort stand in der Mitte eine Tafel, auf der die Lehrer/innen eine leere Tabelle gezeichnet hatten. Ziel des Treffens war es, dass die Sportschüler/innen den Sportunterricht für alle kommenden Schulwochen selbstständig planen sollten. Mit wenigen Einschränkungen (Ausnahme Extremsportarten) wurden uns verschiedenste sportliche Aktivitäten angeboten von Ballsportarten über das Turnen/Tanzen bis hin zum

¹ Internationaler Aufsatzwettbewerb „Demokratie in der Schule“, ausgeschrieben 2006 vom Deutschen YOUTH FOR UNDERSTANDING Komitee e. V. und der Förderstiftung Fonds „Erinnerung und Zukunft“. Der Aufsatz wurde mit dem ersten Preis ausgezeichnet.

² Endung „-pis“ ähnlich dem deutschen „-lein“ oder „-chen“

³ Das schwedische Schulsystem besteht statt aus Klassen aus Programmen: Es gibt sowohl studienorientierte, z. B. naturwissenschaftliches oder Gesellschaftsprogramm, als auch berufliche Programme, z. B. Technik-, Marketing- oder Hotelprogramm.

Ski-/Snowboardfahren(!). Für die Planungen stellten die Lehrkräfte jedoch folgende Bedingung: Sowohl für das gesamte Halbjahr als auch von Woche zu Woche sollte ein abwechslungsreiches und vielfältiges Angebot an Sportarten vorhanden sein (z. B. durften keine zwei Ballsportarten innerhalb einer Woche präsent sein). Jeder durfte seine Ideen einbringen. Wie in einem Parlament oder in einem Ausschuss diskutierten wir unter uns und auch gemeinsam mit den Lehrer/innen über die Vorschläge. Wir erörterten ihre Umsetzbarkeit (z. B. bei Aerobic: Sind spezielle Gegenstände verfügbar? Kosten?) sowie die Organisation (z. B. bei Outdoor-Aktivitäten: wo und wann, benötigte Kleidung/Schuhe; Verpflegung etc.). Dabei nahmen die Lehrer/innen nur eine beratende Rolle ein. Aufgrund ihrer Erfahrungen aus den letzten Schuljahren nahmen sie Stellung zu einigen Kursen, berichteten einerseits über mögliche Probleme, andererseits auch über erfolgreich absolvierte Kurse. Ebenfalls war klar, dass nur dann eine Sportart ins Wochenangebot aufgenommen wird, wenn sie bei der Abstimmung mindestens zehn Stimmen erhalten konnte. Im Anschluss an die Diskussion fand eine Abstimmung statt. Jede Schülerin und jeder Schüler hatte pro Schulwoche eine Stimme und stimmte somit über das wöchentliche Sportangebot ab. So hatten wir am Ende für jede Schulwoche drei verschiedene Sportarten geplant.

Nachdem das Angebot feststand, sollte sich jede/r für eine Sportart in der nächsten Woche anmelden. Am Schwarzen Brett hing – neben Vertretungsplan und diversen anderen Informationen – jeweils eine Liste für jede Sportart aus. In eine dieser Listen sollten wir uns mit Namen und unserer Unterschrift bis spätestens einen Tag vor der Aktivität eintragen. Auf diese Weise hatte jede/r Schüler/in, egal aus welchem Programm, die Möglichkeit, sich für eine Sportart zu entscheiden. Falls man sich jedoch verspätet einschrieb oder es vergaß, musste man damit rechnen, dass beliebte Sportarten wie etwa Fußball oder Eishockey bereits belegt waren. Außer dem Mangel an Plätzen in beliebten Kursen gab es eine zweite Schwierigkeit: Durch den wöchentlichen Wechsel des Angebots blieb zu wenig

Zeit, Dinge wie Technik oder Spielverhalten intensiver zu erlernen, zu üben und zu festigen. So gesehen brachte die Entscheidungsfreiheit auch Nachteile, die jedoch weder von den Lehrer/innen noch von den Schüler/innen besonders zur Kenntnis genommen wurden.

Weitaus wichtiger war für mich persönlich Folgendes: Zunächst fiel mir das an meiner inneren Einstellung auf, denn verglichen mit Deutschland, wo die Lehrkräfte die Sportarten vorgaben, hatte ich in Kiruna eine ganz andere Motivation. Ich empfand den Sportkurs nicht mehr als eine Pflicht, die mir jemand auferlegt hatte, sondern ich fühlte mich ihm sehr verbunden, denn ich hatte mich ja für ihn – mit meiner Stimme und meiner Unterschrift – entschieden. Dies war eine ganz andere Verpflichtung – eine Art Verpflichtung des Gewissens. Für mich war weiterhin besonders zu beobachten, dass Schüler/innen aus verschiedensten Programmen zusammenkamen und sich kennenlernten. Wir diskutierten eifrig, lernten uns nach dem Sport in der Mensa noch besser kennen, indem wir u. a. über die jeweiligen Vor- und Nachteile einer angebotenen Sportart redeten und meist zu ganz anderen Themen kamen.

Zum Schluss die wichtigste Frage: Warum ist dies ein gutes Beispiel für Demokratie in der Schule? Es ist deshalb ein gutes Beispiel für Demokratie in der Schule, weil es verschiedenste Bausteine der Demokratie aufzeigt:

- 1) Wir waren in alle Entscheidungsprozesse als gleichberechtigte Partner/innen eingebunden (Baustein Gleichberechtigung).
- 2) Wir durften demokratisch über Lerninhalte abstimmen (Baustein Mitbestimmung).
- 3) Wir mussten für unser Handeln alle daraus resultierenden Konsequenzen übernehmen (Baustein Verantwortung).
- 4) Wir lernten uns durch Diskussionen während und nach den Entscheidungen stets besser kennen, achten und respektieren (Baustein Kommunikation).
- 5) Wir lebten Bindungen und Kooperation. Dadurch entstand eine Gemeinschaft, frei von Diskriminierung (Baustein Solidarität).

Schlussgedanke: Ist Demokratie in der Schule im nördlichsten Zipfel Europas, in Kiruna, am „Hjalmer Lundhohmskolan“ möglich? Ja, sie wird täglich gelebt. Demokratie im Kleinen. Demokratie im Kleinen hat meiner Meinung nach Auswirkung auf Demokratie im Großen. Für mein Leben ist dies eine wertvolle Bereicherung und ich kann nur jeder Schule, jedem Menschen empfehlen, Demokratie im Kleinen täglich zu leben.

Information: www.yfu.de

Projekt der Fränkischen Nachrichten

15- bis 25-Jährige entscheiden selbstständig über die Verwendung von mehreren tausend Euro

In der Großen Kreisstadt Buchen (Neckar-Odenwald-Kreis) sind 10.000 Euro bereit gestellt, mit denen Jugendliche für gesellschaftliches Engagement gewonnen werden sollen. Mit diesem Jugendprojekt wollen die Fränkischen Nachrichten in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung (LpB), der Stadt Buchen sowie den Sponsoren Sparkasse Neckartal-Odenwald und Odenwälder Kunststoffwerke Gehäusesysteme GmbH (OKW) 15- bis 25-Jährige motivieren, sich zu organisieren und von der Idee bis zur Umsetzung „einen Traum“ zu verwirklichen. Das „Team Demokratie“ der LpB besuchte die örtlichen Schulen, um die Jugendlichen über das Projekt und seine Spielregeln zu informieren. Der erste Schritt wird die Erarbeitung von Konzepten „für die sinnvolle Verwendung“ der Mittel sein. Von der Flutlichtanlage für einen Sportplatz über den Aufbau einer eigenen Jugendzeitung bis hin zur Einrichtung einer Jugend-Disco – das waren die ersten spontanen Einfälle der Jugendlichen.

Ziel ist es zunächst, sie dazu zu bewegen, sich in Gruppen zusammenzuschließen und ein Konzept für die sinnvolle Verwendung der 10.000 Euro zu erarbeiten.

Weitere Informationen: www.lpb-bw.de



Medien und Materialien

Wolfgang Sofsky

Die Verteidigung des Privaten

Eine Streitschrift

München 2009, 10,95 Euro

„Wer glaubt, er habe nichts zu verbergen, hat bereits auf seine Freiheit verzichtet und weigert sich, sein Leben in eigener Regie zu führen.“ Privatheit ist der Kern persönlicher Freiheit. Sie markiert die Barriere gegen jedwede soziale und politische Macht. Wolfgang Sofsky widmet sich in seiner Streitschrift wichtigen Aspekten der privaten Existenz: Körper und Raum, Information und Eigentum, Religion und Gedankenfreiheit. Als Einstieg und zur Verdeutlichung des Themas beschreibt Sofsky Spuren – eine fast schon lückenlose Registrierung und „Überwachung“ einer Privatperson von früh bis spät – die von den meisten kaum zur Kenntnis genommen werden. Das Bedürfnis, in Ruhe gelassen zu werden, scheint zurückzugehen, Bekanntheit wird oft höher geschätzt als Privatheit. Durch die Sucht nach kurzfristiger Prominenz wird die Zerstörung des Privaten weiter beschleunigt.

Sofsky kritisiert die staatsgläubigen Bürger, die für das Versprechen einer staatlichen Generalfürsorge mit allgemeiner Bildung, Volksgesundheit, Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit eine Dauerkontrolle und Bevormundung in Kauf nehmen. Verbote, Vorschriften greifen immer mehr in den Alltag ein, führen zur Unmündigkeit und der Staat entwickelt sich für Sofsky zum Präventionsstaat. Aber in erster Linie sind für ihn Trägheit, Feigheit und Gleichgültigkeit die wichtigsten Ursachen der Unmündigkeit, die demnach selbst verschuldet ist. Nicht das Recht oder Institutionen können die Freiheit und die Privatsphäre des Einzelnen schützen, jeder muss seinen Verstand gebrauchen, dem Schutzwall des Privaten erhöhte Aufmerksamkeit schenken und Experte der Konspiration und des Rollenspiels werden. Die Streitschrift bietet viele

Denkanstöße für die Auseinandersetzung mit und zum Umgang mit den Massenmedien und dem Web 2.0 – ohne sich explizit mit diesen Themenbereichen zu beschäftigen.

Ursula Arbeiter

LAG Mädchenpolitik Baden-Württemberg

Mädchen in den Hilfen zur Erziehung

Neue Herausforderungen und Chancen?!

Broschüre, 72 Seiten, Februar 2009

Diese neue Arbeitshilfe der LAG Mädchenpolitik Baden-Württemberg nimmt Mädchen und junge Frauen in den Hilfen zur Erziehung in den Blick. Mit Hintergrundinformationen und Zahlen wird zuerst das Arbeitsfeld der Erziehungshilfen vorgestellt und geschlechterdifferenziert analysiert. Die mädchengerechte Ausgestaltung der Hilfen zur Erziehung als aktuelle Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe steht im Mittelpunkt des zweiten Teils der Arbeitshilfe. Er streicht Herausforderungen an die Praxis sowie an die fachliche und strukturelle Umsetzung heraus, die sich aus den Bedürfnissen, Belangen und Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen ergeben. Der dritte Teil der Arbeitshilfe setzt Impulse für die Praxis. Dabei geht es beispielsweise um Migrantinnen in der Jugendhilfe, um die Schnittstelle von Erziehungshilfe und Psychiatrie, um den Umgang mit Essstörungen in Wohngruppen sowie um Rausch und Aggression. Ein Serviceteil mit einer Literaturliste und zentralen Adressen für Baden-Württemberg rundet die Broschüre ab. Die Arbeitshilfe wurde vom Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg und vom Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg finanziell unterstützt.

Bezug für 5,00 Euro zzgl. Versandkosten bei LAG Mädchenpolitik Baden-Württemberg, Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart, Tel./Fax (07 11) 8 38 21 57, info@lag-maedchenpolitik-bw.de

JFF München

Web 2.0

Rahmen für Selbstdarstellung und Vernetzung Jugendlicher

Das Mitmach-Internet ist groß und unübersichtlich. Die Studie strukturiert das Feld jugendnaher Internetplattformen und systematisiert die dort zu findenden Artikulationsformen der Jugendlichen: Dafür wurden insgesamt 97 Plattformen und daraus 26 Selbstdarstellungen von 14- bis 20-Jährigen analysiert.

Die Ergebnisse des ersten Teils der Studie „Das Internet als Rezeptions- und Präsentationsplattform für Jugendliche“ liegen vor. Die Studie wurde von der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) in Auftrag gegeben. Sie wird vom JFF, dem Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis in München, durchgeführt. Dort finden Sie auch die Ergebnisse zum Download: www.jff.de.

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft

Kinder- und Jugendschutz NW e. V.

DIALOGBEREIT

Ein Projekt im Spannungsfeld von Christentum, Islam und moderner Gesellschaft

In einer Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft und religiöser sowie weltanschaulicher Überzeugung Tür an Tür leben, sind Respekt und Dialog Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben. Das Projekt DIALOGBEREIT – Jugendliche Muslime und Christen im Gespräch – wurde von der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e. V. und der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Offene Kinder- und Jugendarbeit NRW ins Leben gerufen, Kooperationspartner ist die Muslimische Jugend in Deutschland e. V.

Das langfristig angelegte Projekt zielt darauf ab, Fachkräfte innerhalb unterschiedlicher Felder der Kinder- und Jugendhilfe für den interreligiösen Dialog zu gewinnen und ihnen ein Angebot zur notwendigen Kompetenzerweiterung zu machen. Die Hauptidee dabei ist: Die Auseinandersetzung mit dem Islam (bzw. im Perspektivenwechsel mit dem Christentum) ist ein wichtiger Schritt zur kulturellen Annäherung. Mehr voneinander zu wissen, um sich so besser verstehen und akzeptieren zu können, ist interkulturelles Lernen durch interreligiösen Dialog.



Dazu wurden verschiedenen Arbeitshilfen zur Unterstützung der Arbeit „vor Ort“ erstellt. So z. B. das Buch DIALOGBEREIT – Christen und Muslime im Gespräch. Diese Klärungshilfe für soziale Berufe ist auch als türkische Ausgabe herausgegeben mit dem Titel „Diyaloga Hazir“. Sie bietet wesentliche Informationen über Kultur und Religion, besonders über Christentum und Islam. Die Ausgabe 3/2007 der Zeitschrift THEMA JUGEND ist ein Themenheft zum interkulturellen Lernen innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit. Und für die Elternbildung gibt es in der Schriftenreihe „Elternwissen“ eine Ausgabe zum Thema „Dialog“. Nachdem die Materialien erstellt sind und Kooperationspartner gewonnen wurden, sind für das Jahr 2009 Dialogwerkstattgespräche, Workshops und die Erarbeitung einer Ausstellung mit Jugendlichen geplant. Das Projekt DIALOGBEREIT wird Mitte 2010 beendet.

Informationen zum Konzept, den Materialien und Termine unter www.dialogbereit.de



Barbara Koch-Priewe, Arne Niederbacher,
Annette Textor und Peter Zimmermann
Jungen – Sorgenkinder oder Sieger?
Ergebnisse einer quantitativen Studie
und ihre pädagogischen Implikationen
Wiesbaden 2009; 22,90 Euro

„Jungen geraten zunehmend ins abseits“ – diese populäre These zeigt einen Perspektivwechsel von den „benachteiligten Mädchen“ (70/80er Jahre) hin zu den „benachteiligten Jungen“ von heute. Ob und wenn ja auf wen (welche Jungen) und inwiefern sie zutrifft, war Gegenstand dieser „Dortmunder Jungenstudie“. Um einige der zahlreichen Lücken im Wissen über Jungen zu schließen, wurden 2005 im Raum Dortmund 1635 Jungen im Alter von 14 bis 16 Jahren schriftlich befragt. Interessant ist dabei u. a., dass zehn Jahre zuvor eine ähnliche (wenngleich weniger differenzierte) Studie durchgeführt wurde, die vereinzelt Vergleiche erlaubt.

Im ersten Kapitel werden relevante theoretische Ansätze zur Geschlechtersozialisation gut lesbar auf 30 Seiten zusammengefasst. Das zweite Kapitel erläutert, wie geforscht und wie der Faktor „Migration“ – neu im Vergleich zur Vorläufer-Studie von 1995 – verwendet wurde. Kapitel drei erläutert die Ergebnisse zu Themen wie „Freizeitverhalten“, „Männer- und Frauenbilder“, „Gewalt“ und „Lebensentwürfe“. Kapitel vier bietet eine Zusammenfassung der Ergebnisse. Abschließend entwirft das Autor/innen-Team Perspektiven der Jungenarbeit sowie der „geschlechtergerechten“ Schulentwicklung. Voran gestellt wird die zentrale Forschungsfrage, die auch jeden Praktiker

bewegen sollte: Wann erhält die Kategorie Geschlecht überhaupt in Interaktionen eine Bedeutung – und wie geschieht das? (S. 42) Beobachtungen allein reichen nicht, eben weil sie in den häufig unreflektierten Mustern des Beobachters gedeutet werden.

Die Studie besticht durch Differenzierung, indem etwa die Schulform und der Status Migrant oder Einheimischer berücksichtigt werden. Das macht sie zwar zuweilen schwer lesbar, gibt aber einige Hinweise, worauf auch außerhalb Dortmunds geachtet werden sollte, wenn mit Jungen pädagogisch gearbeitet wird. Die Ergebnisse belegen eindrücklich, dass es „die Jungen“ nicht gibt und einzig Heterogenität normal ist. Zweifellos eine der Stärken dieser Studie liegt darin, dass sie Fragen an Jungen (und die eigene Arbeit) aufwirft und konstruktive Unsicherheit auslösen kann. Zudem werden wiederholt interessante Bezüge zu vorhandenen Studien (IGLU, Shell, ...) hergestellt. Und es werden Grenzen der Studie gekennzeichnet, indem nicht gestellte Fragen bzw. die Notwendigkeit von zusätzlichen qualitativen Erhebungen benannt werden (S. 111). Allerdings wird die Übertragbarkeit für Baden-Württemberg etwa dann eingeschränkt, wenn Gesamtschulen offenbar wesentlich dafür sorgen, dass Bildungschancen von Migrant/innen besser sind und auch so von den Jungen wahr genommen werden. Immerhin: ein bildungspolitischer Hinweis liegt hier allemal.

Der Blick auf Migranten hat sich bei der Interpretation der Ergebnisse offensichtlich verselbständigt: Sie nehmen geschätzte 80 Prozent des Raumes ein, wogegen ihr Anteil an den befragten Jungen bei 38,5 Prozent liegt. Erstaunlich finde ich auch, welche Jungen keine Beachtung finden: Immerhin neun Prozent „unzufriedene“ (traurig, überwiegend schlecht drauf, S. 80) oder ein Prozent homosexuelle (wo allgemein von 10 Prozent eines Jahrgangs ausgegangen wird) sind kein Anlass für nähere Interpretationen. Zu fragen ist auch nach der Aktualität: 2005 wurde befragt, 2009 kommt die Auswertung an die Öffentlichkeit!

Nach dem überwiegend starken Haupt-Kapitel mit den empirischen Ergebnissen fällt das Niveau ab. Die „pädagogischen Implikationen“ (Untertitel)

enttäuschen: Zwei Ansätze von Jungenarbeit werden knapp vorgestellt – die antisexistische Jungenarbeit zum x-ten Male falsch verstanden –, ein dritter düftig begründet favorisiert. Dieser, der hilfreiche Ansatz der „balancierten Männlichkeit“, wird minimal auf die Untersuchungsergebnisse bezogen. „Verflechtung“ findet kaum statt, das letzte Kapitel wird eher angehängt. Die Perspektiven der Schulentwicklung (S. 176 ff) überzeugen zwar schon mehr, sind aber auch weitgehend unverbunden. Viele Jungen berichten z. B., dass sie Fragen zu Sex lieber ohne Mädchen besprechen würden, sie würden gerne „eigene“ Unterrichtsinhalte bearbeiten – das wird nicht aufgenommen. Das Fazit schließlich vereinfacht alles, was vorher so differenziert aufgeklärt wurde bis zur Unkenntlichkeit, sodass ich vom Lesen dieser zwei Seiten nur abraten kann. Was unterm Strich bleibt, ist ein anregender Mittelteil. Und die implizite Forderung der Autor/innen, dass es weiterer Studien bedarf, um die Wissenslücken über Jungen zu schließen.

Lothar Wegner

Landesanstalt für Medien
Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)

Der Sinn des Hörens

Wissenswertes für Kinder, Jugendliche und Erwachsene – Mit Medien leben: gewusst wie!
Ausgabe 2, 2009. 24 S.

Warum ist das Thema Hören wichtig? Welche Auswirkungen hat Lärm? Wo liegt der Unterschied zwischen Hören und Zuhören? Warum muss das (Zu-)Hören gefördert werden? Wie orientiere ich mich im Angebotsdschungel der Hörbuchabteilungen? Was ist Kindern bei Hörbüchern und Hörspielen wichtig? Wo gibt es weiterführende Informationen zum Thema Hören? Diese Broschüre bietet einen Einstieg in die bunte Welt der Klänge und die Bedeutung des Hörsinns im heutigen Alltag. Anhand von exemplarischen Fragestellungen gibt sie kurze Antworten, die sich für den Einstieg ins Thema eignen und konkrete Alltagstipps bereit halten.

Bezug und Download: www.lfm-nrw.de

Institut für Friedenspädagogik Tübingen e. V.

Jugend für Streitkultur

DVD, 120 Minuten, 15,00 Euro

Die Berghof Stiftung für Konfliktforschung würdigt mit dem Hans-Götzelmann-Preis für Streitkultur Projekte, in denen Kinder und Jugendliche sich für Gewaltabbau und konstruktiven Umgang mit Konflikten einsetzen. In der Altersstufe bis 14 Jahre erhielt das Projekt „Kinder haben Rechte“ der Grundschule Süd Landau/Pfalz (www.gs-sued-ld.bildung-rp.de) den Anerkennungspreis. Die DVD gibt einen Einblick in den demokratischen Alltag.

Informationen und Bezug:

www.friedenspaedagogik.de

Neue Form der

Familienberichterstattung des Landes

Familien in Baden-Württemberg

Aktueller Report

zur ökonomischen Lage von Familien

Die Familienberichterstattung des Landes hat ein neues Gesicht: Im vergangenen Jahr wurden die großen Familienberichte, die bisher einmal pro Legislaturperiode erschienen, durch den quartalsweise erscheinenden Report „Familien in Baden-Württemberg“ ersetzt. Der Report wird von der Familienforschung Baden-Württemberg erstellt und enthält themenbezogene wissenschaftliche Analysen zur Lage von Familien in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa. Die Online-Publikation kann auf der Website der Familienforschung Baden-Württemberg kostenlos abonniert werden. Hier und auf der Website des Ministeriums für Arbeit und Soziales (www.sozialministerium-bw.de) stehen die jeweils aktuellen und die bisher veröffentlichten Ausgaben auch zum Download bereit.

Der aktuelle Report befasst sich mit der ökonomischen Lage und der Armutsgefährdung von Familien in Baden-Württemberg. Die Auswertungen

zeigen, dass in Baden-Württemberg wie im gesamten Bundesgebiet die Armutsgefährdung von Familien in den Jahren 2006 und 2007 leicht abgenommen hat. In Baden-Württemberg verfügen insgesamt 13 Prozent aller Familien über ein Niedrigeinkommen (weniger als 60 Prozent des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens aller Lebensformen) und gelten somit als armutsgefährdet. Nach wie vor besteht für Alleinerziehende, ausländische Familien sowie für kinderreiche Familien eine überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdung.

Die nächste Ausgabe befasst sich mit dem Thema „Elterngeld, Elternzeit und beruflicher Wiedereinstieg“.

Information: www.fafo-bw.de/Familien_in_BW

Bundesweite Internetkampagne
zur Stärkung der Netzkompetenz
von Jugendlichen

watch your web

watch your web ist eine Internetkampagne zur Stärkung der Netzkompetenz von Jugendlichen und zur Förderung des verantwortungsvollen Umgangs mit persönlichen Daten im Netz. Viele Jugendliche sind in Chats und Blogs aktiv, stellen Filme und Fotos von sich ins Netz. Zu wenige sind sich des Risikos bewusst, das sie dabei eingehen. Persönliche Daten, die einmal im Netz stehen, verbreiten sich blitzschnell und sind kaum mehr zurückzuholen. Bei watch your web gibt es praktische Tipps, wie Jugendliche ihre Datensicherheit selbst aktiv erhöhen können. Mit dem „Webtest“ können Nutzer/innen ausprobieren, ob sie bereits sicher surfen.

Watch your web ist eine Initiative des Projekts Jugend online der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (IJAB) und wird durch das Bundesverbraucherschutzministerium sowie durch das Bundesfamilienministerium gefördert.

Informationen: www.watchyourweb.de



Termine

Landesakademie für Jugendbildung

Spiel- und Theaterpädagogik für die Praxis

Zweijährige berufsbegleitende Ausbildung am theaterpädagogischen Zentrum der Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt für den professionellen Einsatz von Spiel und Theater in allen Bereichen der Pädagogik, der Schule, der Sozialarbeit und der Erwachsenenbildung. Die Ausbildung (ab April 2010 über zwei Jahre) entspricht mit 48 Ausbildungstagen und 620 Lehreinheiten den Richtlinien des Bundesverbandes Theaterpädagogik (BuT). Sie erstreckt sich über elf Wochenenden und fünf drei- bis siebentägige Kurseinheiten, davon eine in der Toskana. Dazu kommt ein von den Ausbildungsleitern begleitetes Praxisprojekt.

Information: www.jugendbildung.org

Konflikte lösen – Gewalt vermeiden

Basistraining

zum konstruktiven Umgang mit Konflikten

22. bis 24. Oktober 2009, Herrenberg Gültstein

Konflikte gehören zum Leben, sind unvermeidlich. Ob sie als bedrohlich oder als Chance empfunden werden, hängt vom jeweiligen Umgang mit ihnen bzw. der Konfliktbeteiligten untereinander ab. Dieses Basistraining hat zum Ziel, den Teilnehmer/innen Prinzipien, Methoden, Kenntnisse und Praxis für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten zu vermitteln. Es ist als eigenständige Grundqualifizierung zu einem konstruktiven Umgang mit Konflikten konzipiert. Gleichzeitig wird das Basistraining für weitergehende Fortbildungen mit folgenden Abschlussmöglichkeiten anerkannt: Anti-Gewalt-Trainer/in, Mediator/in, Fachberater/in für Konflikt-hilfe in der sozialen Arbeit.

Information: www.institut-kompass.de

mannigfaltig

Institut für Jungen- und Männerarbeit

Praxis in der Jungenarbeit

Impulse, Unterstützung & Begleitung

30. September bis 2. Oktober 2009 im

Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck

Dieses dreitägige Qualifizierungsangebot soll dem wachsenden Bedarf nach reflektierter Begleitung und flankierender Unterstützung männlicher Fachkräfte gerecht werden, die in ihrem Arbeitsfeld bereits professionelle Erfahrung mit Jungen gesammelt haben. Die eigene Person im Handlungsfeld der Jungenarbeit (Ziele und Perspektiven) so-

wie der eigene berufliche Kontext, in dem die Jungenarbeit alltäglich stattfindet, sollen in diesem Seminar beleuchtet, reflektiert und bei Bedarf weiterentwickelt werden. Die Tagung wird in Kooperation mit dem Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (Fachgruppe Kinder, Jugend und Familie) und dem Tagungshaus Bredbeck durchgeführt.

Information:

www.mannigfaltig-sued.de,

Anmeldung: Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (Fachgruppe Kinder, Jugend und Familie),

z. Hd. Christian Helms, Tel. (05 11) 106 72 95

Institut für Sexualpädagogik (isp)

Weiterbildung Sexualität und Behinderung für Mitarbeiter/innen der Behindertenhilfe

Beginn 18. September 2009

Die einjährige Weiterbildung, die das isp in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Joachim Walter entwickelt hat, umfasst sieben Seminarblöcke. Im Mittelpunkt der Seminareinheiten steht die Reflexion der Praxisbezüge der Teilnehmenden. Um den praktischen Nutzen zu erhöhen, ist neben der Selbstreflexion und der fachtheoretischen Fundierung die Vermittlung methodisch-didaktischer Kompetenzen integraler Bestandteil der einzelnen Seminare. Anmeldeschluss ist der 31. Juli 2009

Körper, Liebe, Doktorspiele

Ausdrucksformen kindlicher Sexualität gekonnt begleiten

30. September 2009, Tagungs- und Gästehaus St. Georg, Köln

Körpererkundungen, Doktorspiele, Neugieverhalten und Sinneslernen: Eine kundige, selbstsichere und respektvolle sexualpädagogische Begleitung von Kindern und deren sinnlich-körperlichen Lernprozessen in den Einrichtungen für Kinder gehört zum Begleitungs- und Bildungsauftrag von Erzieher/innen. Die Handlungssicherheit im Alltag ist jedoch oft gering und in problematisch erscheinenden Situationen fehlt eine fachliche Grundlage für eine angemessene Begleitung der Kinder und ihrer Eltern. Das Seminar möchte alltagsorientiert Erzieher/innen darin unterstützen, eine gekonnte sexualerzieherische Begleitung von Kindern zu ermöglichen und ihre sexualitätsbezogene Fachkompetenz zu stärken.

Informationen zu beiden Angeboten:

Institut für Sexualpädagogik, 44147 Dortmund, Tel. (02 31) 14 44 22, www.isp-dortmund.de

„angekommen – angenommen?“

Von Integration und Familienbildung

Fachtag am 21. Juli 2009

im Evangelischen Jugendwerk in Württemberg

Familien mit Migrationshintergrund stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Zu ihrer Unterstützung sind geeignete Angebote der Eltern- und Familienbildung, zur Stärkung der Erziehungskompetenz, zur Vermittlung bestehender Strukturen im Sozialraum und die Hilfe zur Selbsthilfe von entscheidender Bedeutung.

Die Veranstalter laden ein, diese Aspekte mit Experten zu diskutieren. Es werden zudem zwei neue Praxisleitfäden für die Bildungsarbeit mit Familien vorgestellt. Eine Kooperationsveranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft evangelischer Familienbil-

dungsstätten in Württemberg (LeF), der Arbeitsstelle Familien der Evangelischen Landeskirche in Württemberg (AStEF) und der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE).

Information: www.arbeitsstellfamilie.de

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS)

Vernachlässigte Hoffnungsträger

Kinder und Jugendliche zwischen Markt,

Medien und Milieu – DHS-Fachkonferenz

16. bis 18. November 2009, Potsdam

Kinder und Jugendliche stehen in diesem Jahr im Mittelpunkt der Fachkonferenz SUCHT. Jedoch richtet sich der Blick nicht auf die medienwirksamen Aspekte des jugendlichen Suchtmittelkonsums – „das Immerfrüher, Immermehr, Immer-

riskanter“. Es geht vielmehr um die Entstehungsbedingungen von Sucht und Konsum psychotroper Substanzen. Zu selten werden Belastungen und Bewältigungsverhalten von Kindern und Jugendlichen als Angehörige von Suchtmittelkonsumenten diskutiert. Zu selten werden die Praktiken ins Visier genommen, die auf junge Menschen als Konsumentengruppe abzielen. Nicht zuletzt werden die Jugendlichen selbst zu selten als Peers und Gestalter ihres Lebens mit all seinen positiven und negativen Rahmenbedingungen wahrgenommen. Die Grundsatzreferate, Foren und Seminare der Fachkonferenz setzen sich mit der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen auseinander: Was schützt sie, was gefährdet sie, welche Rolle spielen Genderaspekte? Wie sollten wirksame Präventions- und Hilfeangebote gestaltet sein?

Information: www.dhs.de



Aus der Arbeit der ajs

Handlungsfähig bleiben bei Konflikten und Gewalt

Viertägige In-House-Weiterbildung

im Diasporahaus Bietenhäusen

32 Mitarbeiter/innen der Region Balingen des Diasporahauses, ein freier Träger der Jugendhilfe, konnten im Rahmen von vier Tagesseminaren (November 2008 bis Mai 2009) ihre Handlungsfähigkeit erweitern. Dazu leiteten zwei Trainer je eine Teilgruppe von 16 Kolleg/innen an. Angefragt waren vier Themenbereiche: verstehende Vermittlung in Alltagskonflikten (Mediation), konfrontativer Gesprächsstil bei (massiven) Grenzüberschreitungen, Deeskalationstechniken und Teamentwicklung. Neben Inputs und Übungen wurde großer Wert auf die Reflexion der alltäglichen Praxis gelegt. Aktuelle Konfliktepisoden der Mitarbeiter/innen waren dafür der Ausgangspunkt. Die abschließende Auswertung durch die Teilnehmer/innen ergab, dass die Reflexion und Erhöhung der Konfliktfähigkeit

und -bereitschaft der Einzelnen eine wichtige Ergänzung zu einer pädagogischen Ausbildung ist, die diesbezüglich zu wenig anbietet. Zum einen ist es unverzichtbar, eigene Haltungen zu überdenken. Zum anderen vermittelt das Anwendenkönnen von Methoden Sicherheit, um in Konflikten und bei Gewaltvorfällen zielgerichtet einzugreifen.

Da an zwei aufeinanderfolgenden Vormittagen gearbeitet wurde, konnten vollständige Teams an den Bausteinen teilnehmen. Die Übungen, Rollenspiele und Diskussionen fanden also genau mit den Kolleg/innen statt, mit denen auch der Alltag bewältigt wird. Viele Teilnehmer/innen bewerteten dies als großen Vorteil, denn dadurch ist gewährleistet, dass „alle am gleichen Punkt stehen und daran im Alltag viel leichter anknüpfen können“. So konnten am Schluss der Weiterbildung konkrete Planungen für die weitere Zusammenarbeit mit überprüfbareren Zielvorgaben vorgenommen werden.

Lothar Wegner

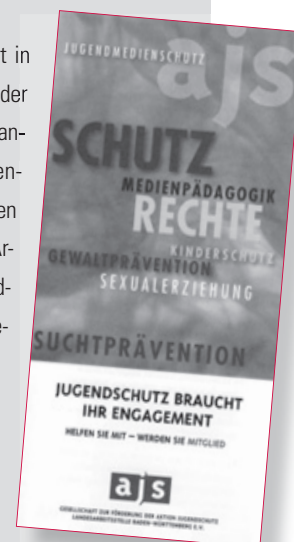
Jugendschutz braucht Ihr Engagement

Helfen sie mit – werden sie Mitglied

Mit Ihrer Mitgliedschaft in der Fördergesellschaft der Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg e.V. tragen Sie dazu bei, dass die Arbeit der Aktion Jugendschutz erfolgreich fortgesetzt werden kann.

Gern schicken wir Ihnen einen Flyer mit weiteren Informationen.

Tel. (07 11) 2 37 37-0,
im Internet unter www.ajs-bw.de



Train the Trainer Weiterbildung

November 2009 bis Februar 2011

Das Thema Neugestaltung der Einwanderungsgesellschaft wird eine der zukunftsweisenden Aufgaben der nächsten Jahre sein – auch in den pädagogischen Handlungsfeldern. Zur Durchführung von Fortbildungen, Seminaren und Workshops wie auch zur Begleitung von institutionellen Öffnungsprozessen werden fachlich qualifizierte Trainer/innen vor Ort bzw. in den Regionen Baden-Württembergs gebraucht.

Diese Weiterbildung vermittelt zentrale inhaltliche und didaktische Kompetenzen und qualifiziert zur Arbeit als „interkulturelle Trainerin/interkultureller Trainer“.

Pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft

Berufsbegleitende Weiterbildung
Oktober 2009 bis Juni 2010
in Stuttgart und Gültstein

Diese berufsbegleitende Weiterbildung besteht aus aufeinander aufbauenden Modulen mit einschlägig relevanten Themen. Diese Module bilden eine ausgewogene Mischung aus Theorie und Praxis und werden in Kooperation mit regionalen und bundesweit ausgewiesenen Expert/innen angeboten. Das Angebot richtet sich an Fachkräfte, die ihre Berufspraxis im Umgang mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund grundlegend, fundiert und nachhaltig weiter qualifizieren wollen.

Beide Weiterbildungen werden in Kooperation von Paritätischem Jugendwerk, Akademie der Jugendarbeit, Kommunalverband für Jugend und Soziales und der Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg angeboten.

Informationen: Paritätisches Jugendwerk Baden-Württemberg e. V., Kai Kabs,
Tel. (07 11) 21 55-204, pjw@paritaet-bw.de,
www.pbw-bw.de

Achtung Terminänderung!

Gegen sexuelle Gewalt

Behandlung von jugendlichen sexuellen
Misshandlern aus dem ambulanten
und stationären Bereich

4. bis 6. November 2009, 27. bis 29. Januar 2010,
10. bis 12. März 2010, Telekomhaus Stuttgart

Diese Fortbildung bietet Fachkräften, die in ihrem Arbeitsfeld erleben, dass Jugendliche andere Jugendliche sexuell belästigen oder misshandeln, ein schlüssiges Handlungskonzept für die ambulante Gruppenarbeit sowie das Training dazu. Viele Jungen, die ambulante Angebote durchlaufen haben, verbessern ihre Chancen deutlich, nicht wieder rückfällig zu werden. Dies ist ein wichtiges Ziel – auch im Sinne des Opfer-schutzes.

Der Trainingskurs besteht aus drei zusammenhängenden Teilen, die nur im Gesamten gebucht werden können.

Information: Bernhild Manske-Herlyn,
Tel. (07 11) 2 37 37 13, manske-herlyn@ajs-bw.de

Jahrestreffen Migrationspädagogik

8./9. September 2009, Tagungszentrum Gültstein

120 Teilnehmer/innen haben inzwischen die Weiterbildung „Pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft“ absolviert, die in Kooperation von ajs, pjw, KVJS und Akademie der Jugendarbeit angeboten wird. In einer Umfrage äußerten viele von ihnen den Bedarf, ihre Erfahrungen aus der Praxis gemeinsam zu reflektieren und das vorhandene Wissen und Können zu vertiefen. Dazu bieten wir 2009 erstmals ein Jahrestreffen an, das an zwei Tagen Reflexion und kollegiale Beratung ermöglicht und zudem neue Inputs durch einen oder zwei Referent/innen bietet. Das Seminar richtet sich ausschließlich an die Teilnehmer/innen der Weiterbildung.

Information: Lothar Wegner,
Tel. (07 11) 2 37 37 14, wegner@ajs-bw.de

Kompaktwissen Computerspiele

Überarbeitete Neuauflage 2009,
8 Seiten, 0,50 Euro

Computerspiele sind ein Reizthema für viele Erwachsene. Die Spielleidenschaft vieler Kinder und Jugendlicher verursacht Ängste und Befürchtungen – sie verunsichert Erziehende. Das neu aufgelegte Kompaktwissen informiert über Computerspiele und ihre Einordnung in die Spielwelt heutiger Heranwachsender. Es rät zur informierten Gelassenheit und zum pädagogischen Eingreifen, wenn nötig.

Bezug: Aktion Jugendschutz,
Tel. (07 11) 2 37 37-0, info@ajs-bw.de oder per
Fax mit dem Bestellschein auf der Rückseite dieser Zeitschrift.

Faltblatt für die Jugendarbeit

Jung, engagiert, rauchfrei!

Die gesetzlichen Grundlagen auf einen Blick
Landesnichtraucherschutzgesetz
und Jugendschutz

Seit 2007 gibt es verschiedene gesetzliche Regelungen zur Förderung des Nichtraucherschutzes und zum Verbot des Rauchens in der Öffentlichkeit. Das Jugendschutzgesetz (JuSchG) und das Landesnichtraucherschutzgesetz (LNRSG) betreffen auch die verbandliche und die offene Jugendarbeit. Das Faltblatt stellt die einschlägigen Bestimmungen und ihre Bedeutung für die Jugendarbeit dar und erläutert sie anhand von Beispielen aus der Praxis.

Das Faltblatt wird gemeinsam von der Aktion Jugendschutz, dem Landesjugendring (LJR) und der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (agjf) herausgegeben. Es ist kostenlos beim LJR erhältlich, bei größeren Stückzahlen müssen die Versandkosten übernommen werden.
www.ljrbw.de



Medienpädagogischer Fachtag

25. November 2009, vhs Stuttgart,
TREFFPUNKT Rotebühlplatz

Der medienpädagogische Fachtag im Rahmen der Stuttgarter Kinderfilmtage, die vom 23. bis 29. November 2009 stattfinden, befasst sich in diesem Jahr mit dem Thema „Märchen und Helden für Kinder“. Der Medienpädagogische Fachtag ist eine Kooperationsveranstaltung der ajs mit dem Evangelischen Medienhaus GmbH und der Volkshochschule Stuttgart.

Informationen: Ursula Arbeiter,
Tel. (07 11) 2 37 37 15, arbeiter@ajs-bw.de

Zwangsheirat geht uns alle an!

Interkulturelles Sensibilisierungstraining
3. Dezember 2009,
Evangelisches Waldheim Altenberg, Stuttgart

Im Dezember 2008 fand der erste Fachtag dieser Veranstaltungsreihe statt. Beratungsangebote wurden vorgestellt, es gab Informationen zu soziokulturellen Hintergründen und zur rechtlichen Situation. Aufgrund der großen Resonanz werden wir die Arbeit am Thema fortsetzen, diesmal mit dem Schwerpunkt des interkulturellen Trainings.

Das interkulturelle Training wird Unsicherheiten und Vorurteile von Fachkräften im Umgang mit Rat suchenden Mädchen und jungen Frauen aufgreifen und Ängste im Umgang mit ihnen abbauen. Die zugrunde liegenden Problemlagen lassen sich danach frühzeitiger und angemessener wahrnehmen und die Barrieren zur Hilfe werden gesenkt. Der Fachtag wird in Kooperation mit dem Diakonischen Werk Württemberg, dem Diakonischen Werk Baden und Yasemin, Beratungsstelle der EVA Stuttgart, durchgeführt. Das genaue Programm finden Sie Ende September auf der Website der ajs.

Information:
Bernhild Manske-Herlyn, Tel. (07 11) 2 37 37 13,
manske-herlyn@ajs-bw.de

Im Netz der neuen Medien?

Verantwortungsvoller Umgang mit
Internet, Computerspielen und Handy
Präventionsprojekt im Rems-Murr-Kreis

„Dieses Projekt ist uns eine große Herzensangelegenheit, denn Internetkompetenz ist eine grundlegende Kompetenz wie Schreiben, Lesen, Rechnen oder das Beherrschen einer Fremdsprache“; mit diesen Worten eröffnete Landrat Johannes Fuchs die Auftaktveranstaltung am 23. Juni 2009 in Waiblingen. Fuchs ist zugleich Vorstandsvorsitzender der Stiftung SWN der Kreissparkasse Waiblingen, die mit diesem Projekt ihre Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion Waiblingen und der Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e. V. fortsetzt. Weitere Projektpartner sind der Kreisdiakonieverband und die Aktion Jugendschutz.

Eltern und pädagogisch Verantwortliche sollen durch Informationsveranstaltungen über Chancen und Risiken im Bereich der Mediennutzung aufgeklärt werden, um gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen Wege für eine verantwortungsvolle Mediennutzung zu finden. „Eltern und pädagogisch Verantwortliche brauchen das erforderliche Hintergrundwissen, um auf Augenhöhe mit Kindern und Jugendlichen über Medien reden zu können“, sagte Albert Häberle, ebenfalls im Stiftungsvorstand der Kreissparkasse. Um dieses Wissen zu vermitteln stehen derzeit zwölf Referenten aus den Bereichen Schule, Polizei, Suchtprävention, Informatik für Veranstaltungen zur Verfügung. Sie haben jeweils individuelle „Medienschwerpunkte“, für die sie angefragt werden können.



Fortbildungsseminare für Lehrerinnen und
Lehrer für Informationen zur
Suchtprävention in allen Schularten
**Suchtprävention als
pädagogische Aufgabe der Schule**

Die Seminare zur Suchtprävention werden im Rahmen der Lehrerfortbildungsmaßnahmen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport von der Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg durchgeführt. Das Konzept beruht auf einer Vereinbarung zwischen den Kultusbehörden und der Aktion Jugendschutz (ajs) Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg.

Termine 2009 für Lehrkräfte aus dem Bereich des Regierungspräsidiums Karlsruhe:
11. bis 12. November 2009 und 18. bis 19. November 2009. Beide Fortbildungen finden im Haus der Kirche, Bad Herrenalb, statt.

Information und Anmeldung:

Udo Ebert, Regierungspräsidium Karlsruhe,
Abteilung 7: Schule und Bildung,
Hebelstr. 2, 76133 Karlsruhe,
Tel. (07 21) 9 26 44 66, udo.ebert@rpk.bwl.de

Information:

Barbara Tilke (ajs), Tel. (07 11) 2 37 37 19

Für die Durchführung der Veranstaltungen stellen die Stiftung 15.000 Euro und die Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V. 3.750 Euro zur Verfügung. Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt.

Ansprechpartner vor Ort ist der Projektleiter Leo Keidel, Leiter der Kriminalprävention PD Waiblingen,
Tel. (07 151) 9 81 62 92,
praevention-wn@polizei.bwl.de,
www.haus-der-praevention.de

Elke Sauerteig

Foto: Sabrina Wagner,
Kreissparkasse Waiblingen.

*Stuttgart-Vaihingen***Sexualpädagogische Werkstatt**

Anknüpfend an den Erfahrungen der Teilnehmer/innen werden in der sexualpädagogischen Werkstatt praktische Aspekte der Sexualerziehung vertieft. Sexualpädagogische Konzepte und Qualitätsstandards werden vorgestellt und diskutiert. Die Werkstätten sind offen für Neueinsteiger wie auch für Fortgeschrittene aus allen pädagogischen und psychologischen Arbeitsbereichen in Schule und Jugendhilfe, die sich neue Impulse zur Sexualerziehung erhoffen.

Termine und Themen:

15. Oktober 2009 – Interkulturelle Sexualerziehung/Methodenwerkstatt
 22. Oktober 2009 – „Liebst Du mich?“
 Information: Bernhild Manske-Herlyn,
 manske-herlyn@ajs-bw.de

Das können doch nur meine Freunde sehen ...

Digitale Netzwerke und Web 2.0 im Alltag von Jugendlichen

29. September 2009, Stuttgart-Vaihingen

SchülerVZ, Kwick, Facebook, MySpace ... – bei nahezu allen älteren Kinder und Jugendlichen sind Teil eines digitalen Netzwerks. Diese Netzwerke sind ein selbstverständlicher Bestandteil ihres sozialen Lebens. Scheinbar bedenkenlos geben sie dort freiwillig private Informationen und Daten preis. Vielen Erwachsenen fällt es schwer, dies nachzuvollziehen, da sie andere Vorstellungen von Freundschafts- und Beziehungspflege und vor allem von Privatheit haben.

- Was hat sich verändert in der Vorstellung von Privatheit? Welche Auswirkungen hat dies auf das gesellschaftliche Leben? Gibt es überhaupt noch eine Privatsphäre – wie wird sie definiert? Wodurch wird die Privatsphäre heute bedroht? Damit wird sich Vanessa Diemand vom ZKM in Karlsruhe auseinandersetzen.
- Was machen Jugendliche im sogenannten Web 2.0? Welche Bedeutung geben sie diesen

Netzwerken? Diesen Fragen wird Jan-Hinrik Schmidt vom Hans-Bredow-Institut nachgehen.

- Wie sieht es konkret aus mit dem Privatsphärenschutz in Sozialen Netzwerken? Das hat Andreas Poller vom Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie SIT untersucht und wird die Ergebnisse auf dem Fachtag vorstellen.

Kinder und Jugendliche sollen mündige Medienutzer/innen werden, die Gefahren erkennen, sich schützen und die Folgen des eigenen medialen Handelns abwägen und einschätzen können. Daher wird der Fachtag sich auch mit der Frage beschäftigen, welche Kompetenzen pädagogische Fachkräfte brauchen, um Jugendliche bei einem eigenverantwortlichen Umgang mit Web 2.0-Anwendungen begleiten zu können.

Information: Ursula Arbeiter,
 Tel. (07 11) 2 37 37 15, arbeiter@ajs-bw.de

Genderbewusste Pädagogik mit Jungen

*Zertifizierte Weiterbildung für pädagogische Fachkräfte zum Jungenarbeiter
 Sechs Module, ab 23./24. November 2009,
 Karlsruhe/Stuttgart*

In Kooperation mit dem Paritätischen Jugendwerk (pju), der LAG Jungenarbeit sowie dem KVJS und der Akademie der Jugendarbeit bieten wir ab Herbst diese 9-monatige berufsbegleitende Weiterbildung erstmals in Baden-Württemberg an.

In sieben Bausteinen werden vermittelt

- genderbezogenes Wissen (Doing-Gender-Prozesse; Machtverteilungen)

Vorschau auf die ajs-informationen III/2009

Macht und Ohnmacht in der Pädagogik – Ein Spiel mit Regeln

war das Thema der Jahrestagung der ajs im Juli 2009. In der kommenden Ausgabe der ajs-informationen (Dezember 2009) werden wir die Tagung dokumentieren.

Noch Fragen?

- **Elisabeth Gropper**
 Geschäftsführerin
 Kinder- und Jugendschutzrecht,
 Öffentlichkeitsarbeit
 Tel. (07 11) 2 37 37 11, gropper@ajs-bw.de
- **Ursula Arbeiter**
 Jugendmedienschutz,
 Medienpädagogik, ajs-informationen
 Tel. (07 11) 2 37 37 15, arbeiter@ajs-bw.de
- **Bernhild Manske-Herlyn**
 Sexualpädagogik, Kinderschutz,
 Prävention von sexueller Gewalt
 Tel. (07 11) 2 37 37 13
 manske-herlyn@ajs-bw.de
- **Elke Sauerteig**
 Medienpädagogik, LandesNetzWerk
 für medienpädagogische Elternarbeit,
 ajs-informationen, Website
 Tel. (07 11) 2 37 37 17, sauerteig@ajs-bw.de
- **Barbara Tilke**
 Suchtprävention, Gesundheitsförderung
 Tel. (07 11) 2 37 37 19, tilke@ajs-bw.de
- **Lothar Wegner**
 Gewaltprävention, Interkulturelle Pädagogik
 Tel. (07 11) 2 37 37 14, wegner@ajs-bw.de

- genderbezogene Praxiskompetenz (Methoden)
- und genderbezogene Selbstkompetenz (Reflexion, Entstereotypisierung).

Neben den zweitägigen Seminarblöcken entwickelt jeder Teilnehmer ein Praxisprojekt, führt es während der Weiterbildung durch und reflektiert es in der Gruppe. Darüber hinaus gehört Literaturstudium zu den Anforderungen. Am Ende erhält jeder Teilnehmer ein von o.g. Kooperationspartnern unterzeichnetes Zertifikat. Kosten: 800 Euro zzgl. Bücher und ggf. Übernachtungskosten. Der Ort der Seminare wechselt zwischen Stuttgart und Karlsruhe.

Informationen auf www.ajs-bw.de und bei:
 Lothar Wegner, Tel. (07 11) 2 37 37 14,
 wegner@ajs-bw.de



Liebe Leserinnen und Leser,

viele Jahre lang habe ich das Editorial der ajs-informationen geschrieben, heute schreibe ich auf der letzten Seite ein „Schlusswort“. Ende Juli werde ich meine Tätigkeit nach elf Jahren als Geschäftsführerin bei der Aktion Jugendschutz beenden.

Von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, möchte ich mich mit einem kleinen Rückblick auf meine Zeit als Geschäftsführerin der ajs verabschieden: Ich erinnere mich noch gut an meine Antrittsrede. Bei einer öffentlichen „Stabübergabe“ von meiner Vorgängerin an mich gab es Gelegenheit, über meine Vorstellungen und meine Pläne zu sprechen. Ob „neue Besen“ immer gut oder gar besser kehren, sei mal dahingestellt – aber als Neue bringt man viele Ideen mit und setzt eigene Prioritäten. Ich hatte zuvor zehn Jahre im Bereich der Erziehungshilfen gearbeitet und dort sehr schwierige Lebensverhältnisse kennengelernt, die mir ohne meinen Beruf nur schwer zugänglich gewesen wären. Das war das „andere Leben“ – jenseits vom Wirtschaftsteil der Zeitungen, jenseits der mittelschichtig geprägten Sicherheiten und Möglichkeiten. Ich hoffte, dass mir diese Erfahrungen immer verfügbar bleiben würden, auch wenn ich bei der ajs wohl weiter weg sein würde von den direkten Kontakten mit Kindern, Jugendlichen und Eltern – und auch weiter weg von Lebensbedingungen, die nicht selten geprägt waren von Perspektivlosigkeit, Armut und Gewaltkreisläufen.

Diese Erfahrungen in der Jugendhilfe sollten einfließen in meine Arbeit bei der ajs. Aus heutiger Sicht kann ich sagen: Es hat sich nach und nach einiges verändert und wir haben bei der ajs sehr viel deutlicher in den Vordergrund gerückt, dass Kinder- und Jugendschutz auch eine sozialpolitische Dimension hat.

Diese Richtung hat sich über die Jahre gefestigt. Den Auftakt machte die Jahrestagung 1999: „Zuwanderung – Zugehörigkeit und Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche“. Themen wie „Soziale Ausgrenzung“, „Rechte von Kindern und Jugendlichen“, „Erziehungspartnerschaft zwischen Familie und Gesellschaft“, „Soziale Gerechtigkeit“ folgten. Auch im Rahmen der letzten Jahrestagung, die ich verantwortete, am 16. Juli diesen Jahres, steht noch einmal ein Thema mit politischer Dimension auf der Tagesordnung: „Macht und Ohnmacht in der Pädagogik“. Hier geht es u.a. um die Frage: Wie können wir in der pädagogischen Arbeit dazu beitragen, Kindern und Jugendlichen – und hier vor allem benachteiligten – zu guten Lebensperspektiven zu verhelfen? Wie können sie für die Zukunft „ermächtigt“ werden?

Zunehmend wichtig wurde, immer auch die strukturelle Verankerung unserer Angebote im Auge zu haben. Gemeinsam mit örtlichen Partnern haben wir versucht, tragfähige regionale und lokale Strukturen im Sinne von Nachhaltigkeit und Vernetzung zu entwickeln – oft ist dies auch gelungen, wie mit dem „Landesnetzwerk für medienpädagogische Elternarbeit“, mit den regelmäßigen Treffen der Jugendschutzfachkräfte in Städten und Landkreisen – und ganz aktuell mit der Weiterbildung „Interkulturell denken – lokal handeln“.

Die ajs erhebt heute deutlich ihre Stimme als Anwalt von Kindern, Jugendlichen und Familien – und zwar in all ihren Arbeitsfeldern: Medienpädagogik, Gewaltprävention, interkulturelle Pädagogik, Suchtprävention, Sexualerziehung. Dies ist gelungen, weil wir als Team am selben Strang gezogen und uns gegenseitig mit Ideen bereichert haben, sozialpolitisch wach geblieben sind, Empathie für unsere Zielgruppen entwickelt haben und immer an gemeinsamer Weiterentwicklung und gemeinsamem Lernen interessiert waren.

Abschließend noch ein Wort an Sie, liebe Leserinnen und Leser: Auch Sie, die Sie unsere Fachzeitschrift lesen, unsere Veranstaltungen besuchen, Ihre Fragen an uns richten, tragen mit Ihren Anregungen, mit Ihren positiven wie auch mit gelegentlich kritischen Rückmeldungen zu den Lernprozessen und der Weiterentwicklung der ajs bei – dafür herzlichen Dank!

Elisabeth Gropper
Geschäftsführerin

Auszug aus dem ajs-Publikationsverzeichnis

Titel	Bestellnummer	Einzelpreis
-------	---------------	-------------

Aus der Reihe „ajs-Kompaktwissen“ (jeweils 8 Seiten):

Überarbeitete Neuauflage „Computerspiele“

Computerspiele sind ein Reizthema für viele Erwachsene. Die Spielleidenschaft vieler Kinder und Jugendlicher verursacht Ängste und Befürchtungen – sie verunsichert Erziehende. Das neu aufgelegte Kompaktwissen informiert über Computerspiele und ihre Einordnung in die Spielewelt heutiger Heranwachsender.

2003 0,50 Euro

„Alkohol ... voll normal“

Jugendliche sollen den verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol lernen. Das Faltblatt für Eltern und Pädagog/innen erläutert jugendtypische Hintergründe des Konsums und zeigt Möglichkeiten der Prävention auf. Zudem gibt es Informationen über den Suchtverlauf und die Wirkung von Alkohol.

1003 0,50 Euro

„Konflikte lösen – Gewalt vermeiden“

Das Faltblatt gibt einen Überblick sowohl über Theorien von Konflikten als auch hinsichtlich praktischer Präventions- und Interventionsmöglichkeiten. Es enthält Erläuterungen zu Stichworten wie Klassen-/Gruppenrat, Streitschlichtung durch Jugendliche und Auszeit/Trainingsraum. Das Faltblatt richtet sich an in Erziehungsberufen Tätige und an Eltern.

4002 0,50 Euro

Bestellungen sind auch telefonisch, per Fax oder im Internet möglich!

 (07 11) 2 37 37 -0  (07 11) 2 37 37 30 www.ajs-bw.de

Menge	Titel/Autor	Bestellnummer	Einzelpreis	Gesamtpreis
Summe				

Name/Vorname

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Zahlungsbedingungen:
Ihre Zahlung erfolgt per Rechnung.